

Editorial

Im März dieses Jahres wurde unser Förderkreis 25 Jahre alt. Über seine Entstehungsgeschichte informiert eine gesonderte Publikation in Texten, Dokumenten und Bildern.¹ Nach einem Vierteljahrhundert ist neben der Rückschau vor allem Vorausschau nötig. So kommen in der genannten *Festschrift* neun unsere Mitglieder mit konstruktiven Vorschlägen zur weiteren Vereinsarbeit zu Wort, die es zu prüfen und wenn möglich, umzusetzen gilt.

Leben ist Veränderung – wie wir alle schon erfahren haben. So wird es auch im *Förderkreis* Veränderungen geben, die u. a. die „*Mitteilungen*“ betreffen.

In der Nr. 49 der MFK kündigten wir an, dass die Rubrik *Übersichten und Findmittel* mit der Folge 40 im vorliegenden Heft letztmalig erscheinen wird. In dieser Rubrik unterrichtete Kurt Metschies seine Leser zwanzig Jahre lang über die umfangreichen inhaltlichen Veränderungen in den Archiven der neuen Bundesländern ab 1990, den Stand der wissenschaftlichen Aufarbeitung der neuen Bestände und Sammlungen und den Zugang zu ihnen.² Die Gründe für das Einstellen der Rubrik wurden bereits ausführlich dargelegt.³ Es ist nunmehr ein Stand der Aufbereitung jener nach 1990 ff. in die Archive gelangten Bestände und Sammlungen erreicht, der neue Formen der Informationsvermittlung durch die Archive erforderlich macht.

Von der obigen Entscheidung nicht betroffen sind die Fortschrittsberichte zu *Erschließungsarbeiten, Internetpräsentationen und Bestandszugängen der SAPMO (BArch)*, die auch weiterhin regelmäßig veröffentlicht werden, sowie die Rubrik *Archive und Bibliotheken*.

Eine weitere Veränderung wird es in der Redaktion der „*Mitteilungen*“ geben. Das Redaktionsduo Rainer Holze und Birgid Leske verabschiedet sich ebenfalls mit diesem Heft und gibt den Staffelstab an eine neue Redaktion weiter. Die Neuen – vorerst Alexander Amberger und Elke Reuter – werden die Arbeit in gewohnter Qualität fortführen und zugleich die „*Mitteilungen*“ sukzessive durch ihre eigene Handschrift prägen. Wir wünschen Ihnen einen guten Start!

Die Herausgeberschaft liegt weiterhin in den Händen von Rainer Zilkenat.
Rainer Holze, Birgid Leske, Kurt Metschies

¹ Rainer Holze/Birgid Leske (Hrsg.): *Festschrift 25 Jahre Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung 1991-2016. Texte – Dokumente – Bilder*, edition bodoni, o. O. 2016.

² Hinweise auf die inhaltlichen Informationen der Rubrik *Übersichten und Findmittel* enthalten die Inhaltsverzeichnisse der Hefte 1-10. In: MFK, Nr. 10/1996, S. 26-30; der Hefte 11-20. In: MFK, Nr. 20/2001, S. 30-32; der Hefte 21-30. In: MFK, Nr. 30/2006, S. 30-31; der Hefte 31-41. In: MFK, Nr. 40/2011, S. 46-48 und der Hefte 42-50. In: MFK, Nr. 50/ 2016, S. 24.

³ MFK, Nr. 49 / März 2016, S. 1.

INHALT

Editorial	1
<i>Herausgeber</i>	
Grußadresse an unseren Partnerverein „HELLE PANKE“	4
anlässlich seines 25jährigen Bestehens	
<i>Prof. Dr. Günter Benser</i>	
Archive und Bibliotheken	
Erschließungsarbeiten, Internetpräsentation und Bestandszugänge der	5
SAPMO (BArch)	
<i>Prof. Dr. Günter Benser</i>	
Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Folge II)	6
<i>Dr. Birgid Leske</i>	
Besondere Zeitdokumente	
Ein Dokument zur Beziehungsgeschichte der KP Albanien und der KP	10
Jugoslawiens aus dem Jahr 1943	
<i>Prof. Dr. sc. Erwin Lewin</i>	
Willy Gengenbach und die vergessenen Spanienkämpfer im Lager von	14
Le Vernet	
<i>Prof. Dr. Jörg Wollenberg</i>	
Erich W. Gniffke: „Tatsachen sind stärker als Lügen“	17
<i>Prof. Dr. sc. Siegfried Prokop</i>	
Übersichten und Findmittel	
Folge XXXX	24
<i>Kurt Metschies</i>	
Tagungen und Konferenzen	
26. Sitzung des Kuratoriums der Stiftung Archiv der Parteien und Mas-	32
senorganisationen der DDR im Bundesarchiv am 26. April 2016	
<i>Horst Singer</i>	
Workshop in Kiel: „Der Kieler Matrosenaufstand in der Revolution 1918.	33
Epizentrum eines politischen Umbruchs?“	
<i>Prof. Dr. Gerhard Engel</i>	
Gewerkschaften, Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus (Wuppertal,	34
4. und 5. Dezember 2015)	
<i>Dr. des. Uwe Fuhrmann</i>	

Neues aus der Forschung

Promotion:	36
„Der Hut des Ingenieurs“ und „die Mütze des Arbeiters“. Schiffbauindustrie und Werftarbeiterschaft in Bremen (1914-1924)	
<i>Dr. des. Antonio Farina</i>	

Promotionsprojekt:	39
Streik-Solidarität in Schweden, Deutschland und Großbritannien (1969 bis 1989)	
<i>Nelli Tügel</i>	

Aus dem Vereinsleben

Protokoll der 25. Jahresversammlung des Förderkreises	44
<i>Ottokar Luban</i>	
Die Gründung der SED in historischer Sicht (der 25. Jahresversammlung vorgeschalteter Vortrag)	47
<i>Prof. Dr. Günter Benser</i>	

Vorträge

Sowjetische Archivpolitik in der SBZ 1945 bis 1949, 17. März 2016	49
<i>Dr. Oxana Kosenko</i>	
Wissenschaftspolitik der SED am Beispiel der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR (AdL), 16. Juni 2016	52
<i>Prof. Dr. Siegfried Kuntsche</i>	
Vorschau:	53
Gemeinsame Vortragsreihe 2016	

Informationen	23	43	48
----------------------	----	----	----

Buchbesprechungen & Literaturhinweise	54
--	----

Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung:	63
--	----

Inhalt der Hefte 41 bis 50

FÖRDERKREIS

Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
Finckensteinallee 63, 12205 Berlin

„HELLE PANKE“ e.V.
Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin
Kopenhagener Straße 76
10437 Berlin

Berlin, Juni 2016

Liebe Freunde und Kollegen,

unser Förderkreis nimmt Euer Sommerfest zum Anlass, um Euch aus vollem Herzen zu Eurem Vereinsjubiläum zu gratulieren. Wir wissen uns mit Euch verbunden in unserem Anliegen, das der angesehene Begründer der Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Zürich Theo Pinkus dereinst mit den Worten umriss „Bewahren – Verbreiten – Aufklären“. Wenngleich Euer Betätigungsfeld wesentlich umfassender ist als das unsere, so fühlen wir uns doch gemeinsam verpflichtet, die Traditionen der Arbeiterbewegung und anderer sozialer Bewegung zu pflegen und die Brücke zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu schlagen.

Wir danken Euch für die uns über viele Jahre hinweg erwiesene Unterstützung, ohne die unsere Öffentlichkeitsarbeit so nicht möglich gewesen wäre. Wenn sich die „Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ in der Fachwelt einen festen Platz und einen guten Ruf erwerben konnten, so nicht zuletzt dank Eurer Hilfe bei der Drucklegung dieses Blattes.

Wir sind uns gewiss, dass die „Helle Panke“ auch fürderhin mit ihren Aktivitäten auf das geistige Klima in unserer Stadt und in unserem Lande ausstrahlen wird. Dazu wünschen wir vollen Erfolg und hoffen, dass wir Seite an Seite noch eine er-spriessliche Wegstrecke zurücklegen können.

Glück auf!

Im Namen des Vorstandes
des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Günter Benser
(Schriftführer)

Archive und Bibliotheken

Erschließungsarbeiten, Internetpräsentation und Bestandszugänge der SAPMO(BArch)

Wie aus dem Bericht der Stiftungsdirektorin hervorgeht, setzte die SAPMO-(BArch) im Jahre 2015 im Wesentlichen die bereits in unserer letzten Information vermerkten Aktivitäten fort.¹

Die Erschließungsarbeiten des Schriftgutes konzentrierten sich vor allem auf die Bestände DY 6 Nationale Front und DY 34 Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes. Vorangeschritten ist die Bearbeitung der im Bestand DY 30 vereinten Überlieferungen des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, in dem das Zentrale Parteiarchiv der SED und jene Bibliothek verwahrt und gepflegt wurden, die gemeinsam den Grundstock der Sammlungen der SAPMO(BArch) bildeten. Eingearbeitet wurden neu erschlossene Akten oder unbearbeitete Übernahmen in die Bestände DY 33 Johannes-Sassenbach-Stiftung, DY 40 IG Eisenbahn, DY 46 IG Metall, DY 52 IG Wismut und DY 78 Verlag Tribüne. Abgeschlossen ist die Erschließung des Schriftgutes der Abteilung Grundstoffindustrie des Zentralkomitees der SED.

Bislang unbearbeitete Übernahmen wurden für die Benutzung erschlossen: DY 16 Nationaldemokratische Partei Deutschlands, DY 24 Freie Deutsche Jugend, DY 31 Demokratischer Frauenbund Deutschlands, DY 32 Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft.

Gute Fortschritte sind bei der Erschließung von Nachlässen zu verzeichnen, so dass nunmehr aufbereitet vorliegen: NY 4117 Gerhard und Hilde Eisler, NY 4118 Heinrich Eildermann, NY 4167 Erich Honecker, NY 4200 Erich Glückauf, NY 4205 Werner Lamberz, NY 4245 Rudolf Thunig, NY 4301 Horst Brasch, NY 4425 Ernst und Lore Krüger, NY 4574 Karl-Heinz Schulmeister, NY 4601 Bernhard Fisch, NY 4604 Detlev und Wera Blanke, NY 4615 Erhard Lonscher, NY 4619 Gunnar Winkler, NY 4621 Dieter Lämpe, NY 4638 Paul Lauerwald, NY 4641 Hermann Schirmer, NY 4647 Hildegard Schmidt, NY 4648 Paul Lampe, NY 4649 Joachim Mann, NY 4650 Hilde Neumann, NY 4652 Walter Sack, NY 4654 Paul Gruner, NY 4657 Gregor Schirmer, NY 4659 Ferdinand Thun.

Weitergeführt wurde auch die Erschließung der Tonträger und der Fotosammlungen, wobei auch Fotos aus den Nachlässen eingearbeitet wurden.

¹ Siehe MFK, Nr. 48/2015, S. 13/14.

Als einheitliche Präsentationsplattform des Bundesarchivs in Intranet und Internet wird gegenwärtig BASYS-Invenio ausgebaut, das eine zeitnahe Bereitstellung und Aktualisierung der erschlossenen Bestände gestattet. Bis zur vollständigen Integration in die BASYS-Umgebung steht weiterhin die vielen Nutzern vertraute, aber veränderte Rechercheplattform ARGUS zur Verfügung (www.argus.bstu.bundesarchiv.de).

In der Bibliothek sind von den ca. 2,2 Mio. Bänden an gedruckten Unterlagen ca. 587.000 Titel im Online-Katalog recherchierbar. Ein Großteil des Bestandes ist also noch auf geraume Zeit nur in Zettelkatalogen verzeichnet – etwa 400.000 Exemplare noch nicht einmal dort. An deren Digitalisierung wird gearbeitet. Das geht einher mit der Einführung eines neuen internationalen Regelwerkes für bibliografische Erschließungsstandards, an dem sich außer der Bundesrepublik Deutschland auch Österreich und die Schweiz beteiligen.

Nur geringfügig hat sich der Umfang der Stiftungsbestände außerhalb der Bibliothek geändert. Zu den Neueingängen gehören Schriftgut der SED-eigenen, der Abteilung Agitation des ZK der SED unterstehenden Werbe- und Anzeigenagentur DEWAG, dem die Signatur DY 66 zugeteilt wurde. Ergänzungen erfolgten unter anderen zu den Beständen DY 30 Zentralinstitut für sozialistische Wirtschaftsführung, DY 24 Jugendtourist. 30 Nachlässe erfuhren Bestandsergänzungen, meist in geringerem Umfang, einige jedoch in beträchtlicherem Maße. Das trifft vor allem auf die Nachlässe NY 4658 Wilfriede Otto, NY 4655 Karl Pfannenschwarz, NY 4653 Heinz Peter, NY Henryk Skrzypczak und NY 4651 Sandor Rado zu.

Günter Benser

Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) – II.

Unübersehbar bei jeder Beschäftigung mit dem *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW)* ist der Dreiklang von Sammeln, Forschen und Vermitteln – ein Charakteristikum, das das *DÖW* seit seiner Gründung auszeichnet¹, von dem sich jeder Interessierte durch den Besuch der Homepage unschwer überzeugen kann.

Aus Platzgründen müssen sich die Beiträge zum *Dokumentationsarchiv* in unseren „Mitteilungen...“ im Wesentlichen auf das Sammeln beschränken. So

¹ Siehe auch Brigitte Bailer/Winfried R. Garscha/Wolfgang Neugebauer: Herbert Steiner und die Gründung des DÖW. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.): Opferschicksale. Widerstand und Verfolgung im Nationalsozialismus, Wien 2013 (= Jahrbuch 2013), S. 58 ff.. – Online unter http://www.doew.at/cms/download/70s7n/Opferschicksale_Jahrbuch%202013.pdf.

wurde in der Nr. 49 der MFK über die Entstehungsgeschichte des *DÖW* sowie gestützt auf dessen Internetplattform (<http://www.doew.at>) über die vorhandenen Archivbestände berichtet.² Im Folgenden soll auf dieser Quellenbasis die Bibliothek vorgestellt werden.

Die **Bibliothek des DÖW** ist eine gewachsene Bibliothek. Sie entstand – wie die gesamte Einrichtung – im Bestreben, der damals vorherrschenden, den antifaschistischen Widerstand abwertenden und leugnenden öffentlichen Meinung Österreichs die Wahrheit über Widerstand und Verfolgung während der Jahre 1934 bis 1945 entgegenzustellen.

Selma Steinmetz, erste Bibliothekarin und spätere Leiterin der Bibliothek, gehörte zu den WegbereiterInnen des DÖW. Nach Kriegsende aus dem französischen Exil in ihre Heimatstadt Wien zurückgekehrt, konnte die Pädagogin und Widerstandskämpferin in den Jahren 1946 bis 1951 Erfahrungen als Bibliothekarin bei den Wiener städtischen Büchereien sammeln. Seit Gründung des DÖW 1963 bis zu ihrem Tode 1979 hatte sie maßgeblichen Anteil am *Aufbau* der Bibliothek und erlangte Anerkennung mit ihren wissenschaftlichen Arbeiten zum österreichischen Widerstand.³

Beim *Ausbau* der anfänglich noch kleinen Bibliothek zu einer zeitgeschichtlichen Fachbibliothek erwarb sich Herbert Exenberger besondere Verdienste. Er war von 1970 bis zu seiner Pensionierung 2003 als Bibliothekar des DÖW tätig und verantwortete die Erweiterung und fachliche Betreuung der Bestände – vor allem der von ihm initiierten Sammlung illegaler Flugblätter und Periodika 1933-1945 sowie der Exilsammlung. Auch Exenberger war an Forschungsprojekten und Veröffentlichungen des DÖW beteiligt und publizierte darüber hinaus eigenständig zu zeitgeschichtlichen Themen.⁴ Derzeit wird die Bibliothek von Stephan Roth geleitet.

Das Anwachsen der Archiv- und Bibliotheksbestände des DÖW erfolgte in engem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Forschungsprojekte des Dokumentationsarchivs zu den thematischen Schwerpunkten: NS-Verbrechen, Holocaust, Exil, Konzentrationslager, Widerstand und Verfolgung in Österreich und Europa sowie Rechtsextremismus nach 1945.

² MFK, Nr. 49/2016, S. 4-7.

³ Zur Biografie von Selma Steinmetz siehe Barbara Kintaert: Selma Steinmetz (1907-1979), Oktober 2009 - http://old.doew.at/aktuell/mitt/193_kintaert.html sowie Dieselbe: Vertrieben und vergessen? Bibliothekarinnen in der Kinderfreunde- und Arbeiterbewegung, TEIL 3 : Selma STEINMETZ, 27. Februar 2007. In: Frauenstudienzirkel, 20. März 2012, Dr. Selma Steinmetz (1907-1979) Bibliothekarin DÖW - <http://www.frauenstudienzirkel.net/wordpress/wpcontent/uploads/2012/03/Selma-STEINMETZ-Stand-27.-Februar-2007-Erg%C3%A4nzung-zu-Bertha-Tardos-11.pdf> .

⁴ Zu Leben und Wirken von Herbert Exenberger siehe Wolfgang Neugebauer: Herbert Exenberger (1943-2009) - <http://www.doew.at/erforschen/recherche/bibliothek/herbert-exenberger-1943-2009>; dasrotewien.at. Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie - <http://www.dasrotewien.at/exenberger-herbert.html>; Konstantin Kaiser: Herbert Exenberger (1943 - 2009). In: Zwischenwelt. Literatur – Widerstand – Exil, 26. Jg. Nr. 3-4/2009, S. 51-52 - <http://theodorkramer.at/archiv/exenberger/herbert-exenberger/>.

Die Bibliothek des DÖW ist eine *Präsensbibliothek* und verfügt nach eigenen Angaben⁵ über 50.000 Titel sowie 350 laufende Zeitschriften, die fast vollständig elektronisch erfasst sind. Dies betrifft sowohl Monografien als auch Aufsätze aus Sammelbänden und Fachzeitschriften. Die Bibliotheksdatenbank ermöglicht eine Suche nach Einzeltiteln anhand der Kriterien Autor, Titel, Schlagwort, Jahr, Verlag. Das Gesamtverzeichnis der Publikationen des DÖW ist unter <http://www.doew.at/erforschen/publikationen/gesamtverzeichnis> elektronisch verfügbar und wie folgt unterteilt: Widerstand und Verfolgung, Widerstandsforschung, Holocaust, Exil, Rechtsextremismus, Nachkriegsjustiz, Jahrbuch (seit 1986 jährlich herausgegeben), Kataloge, Weitere Publikationen. Eine online-Buchbestellung ist möglich. Ein Link führt zu Einzelpublikationen und -beiträgen, die als Downloads bereitstehen.

In vielen Fällen war die Zuordnung des Sammlungsguts zum Archiv bzw. zur Bibliothek eine Ermessensfrage. Dies trifft insbesondere auf die **Spezialsammlungen** zu, von denen folgende in den Bestand der Bibliothek eingliedert wurden:

- **Flugblätter, Broschüren, Zeitungen österreichischer Widerstandsgruppen 1934-1945, Dokumente der Herrschaftspropaganda bis 1938** (ca. 10.000 Exemplare)⁶
Erschließung: nach Herstellern und Art des Druckwerks - Periodikum, Flugblatt, Streuzettel, Tarnschrift usw.; aufgeschlüsselte Karteien; Kataloge
Zeitliche Zuordnung des Bestandes: 1933-1938 ca. 70 % (etwa 2.100 Originale), 1938-1945 ca. 30 % (etwa 300 Originale).
Die Mehrzahl liegt in Kopie vor oder kann durch NS-Akten nachgewiesen werden.⁷
- **Exil** (ca. 5.000 Bände)⁸
Publikationen österreichischer Exilorganisationen, Exilliteratur; deutsche Exilliteratur; basierend vor allem auf Schenkungen und Nachlässen. Nach Einschätzung Exenbergers „sicher die größte Sammlung von Exildokumenten, Exilpublikationen und periodischen Druckschriften des österreichischen Exils“ in Österreich.⁹
- **Bibliothek der FIR** (Internationale Föderation der Widerstandskämpfer), Sitz Berlin, mit 5.000 Bänden

⁵ Siehe <http://www.doew.at/erforschen/recherche/bibliothek>.

⁶ Siehe Stephan Roth/Herbert Exenberger: Die „Illegale Flugblattsammlung“ des DÖW. In: Bewahren – Erforschen – Vermitteln. Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, hrsg. vom DÖW, Wien 2008, S. 41-52. – Download unter http://www.doew.at/cms/download/18521/roth_exenberger_flugblatt.pdf.

⁷ Ebenda, S. 51.

⁸ Siehe Herbert Exenberger: Die Exil-Sammlung der DÖW-Bibliothek. In: Ebenda, S. 27-40. Download unter http://www.doew.at/cms/download/68p1h/exenberger_exilsammlung.pdf.

⁹ Ebenda, S. 31.

Erschließung: in einem gesonderten Verzeichnis erfasst
thematischer Schwerpunkt: europäischer Widerstand

- **Spanischer Bürgerkrieg**

u. a. in deutscher, englischer und spanischer Sprache

- **Judaica**-Sammlung mit ca. 2.500 Bänden

- **Zeitungsausschnittarchiv**

Erschließung: Gliederung nach Personen bzw. Sachgebieten; seit Anfang 2011 elektronische Erfassung;

Österreich-Sammlung aus englischen, amerikanischen und kanadischen Publikationen.

Nicht unerwähnt dürfen die **Datenbankprojekte** bleiben, mit denen sich das DÖW um empirisch abgesicherte Quantifizierungen zu Verfolgung und Widerstand der Jahre 1938 bis 1945 bemüht:

- Nazifizierung der österreichischen Justiz: Biografien von Richtern und Staatsanwälten
- Digital Memory – Taking the DÖW Archive to the Streets
- Namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer. Biografische Angaben zu rund 64.000 Opfern der Shoah
- Namentliche Erfassung der Opfer politischer Verfolgung 1938-1945. Biografische Angaben zu über 8.000 österreichischen Todesopfern
- Vertreibung und Vernichtung. Neue quantitative und qualitative Forschungen zu Exil und Holocaust
- Vertreibung - Exil - Emigration (I). Die österreichischen NS-Vertriebenen im Spiegel der Sammlung der Rechtsanwaltskanzlei Dr. Hugo Ebner
- Vertreibung - Exil - Emigration (II). Die jüdisch-österreichischen NS-Vertriebenen im Spiegel der "Auswandererkartei" der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) Wien
- Pensionsakten der österreichischen NS-Vertriebenen als Quelle zur Holocaust- und Exilforschung. Auf der Grundlage der Akten der Rechtsanwaltskanzleien von Dr. Egon Steinbach und Dr. Philippine Fischer

Detailinformationen zu den einzelnen Projekten sind unter der Internetadresse <http://www.doew.at/erforschen/projekte/datenbankprojekte> zu finden.

Die Datenbanken stellen, so das DÖW, zugleich „Gedenkbücher“ dar, „die den Opfern ihren Namen und damit ihre Individualität zurückgeben“.¹⁰

Birgid Leske

¹⁰ <http://www.doew.at/erforschen/projekte/datenbankprojekte>.

Besondere Zeitdokumente

Ein Dokument zur Beziehungsgeschichte der KP Albaniens und der KP Jugoslawiens aus dem Jahr 1943

Das Dokument aus dem Staatlichen Zentralarchiv in Tirana über die Aktivitäten der albanischen und jugoslawischen Partisanen gibt nicht nur Auskunft über konkrete militärische Aktionen. Es widerspiegelt zugleich die politischen Zustände der beiden Schwesterparteien in jener Zeitspanne, die mit der Besetzung Albaniens durch Italien (April 1939) und Deutschland (September 1943) begann und mit der Befreiung des Landes im November 1944 endete. Die KP Albaniens entstand erst 1941 während des Krieges. An der Gründungsversammlung hatten Instrukteure von der KP Jugoslawiens im Auftrag der Komintern aktiv mitgewirkt. Zentrales Anliegen war, die junge KPA bei der Ausarbeitung ihrer Politik zu unterstützen und im Kampf gegen die faschistische Okkupation der Nachbarländer zusammenzuarbeiten. Im Sommer 1943 festigte die unter Führung der KPA wirkende Nationale Befreiungsfront gegen die italienischen Besatzer vor allem in Mittel- und Südalbanien ihre Reihen. Die erfolgreiche Offensive der Partisanenkämpfer in Albanien trug nicht zuletzt dazu bei, dass Italien mit der Kapitulation im Herbst aus dem Krieg ausschied.

Bei allen positiven Ergebnissen verlief die Zusammenarbeit der albanischen und jugoslawischen Kommunisten nicht reibungslos. Wesentlich dafür waren die realen Wirkungsbedingungen im Zusammenhang mit der ungelösten nationalen Frage in Kosova. Die mehrheitlich von Albanern besiedelten Gebiete, die nach den Balkankriegen von 1912/1913 zu Serbien respektive zu Jugoslawien gehört hatten, wurden 1941 im Rahmen der von den Achsenmächten vollzogenen „Neuordnung“ auf dem Balkan an Albanien angeschlossen. So entstand das sogenannte Großalbanien. Der Einfluss der KP Ju blieb in den angegliederten Territorien schwach, denn die Mehrheit der albanischen Bewohner sah den Zusammenschluss mit dem Mutterland als Befreiung von serbischer Herrschaft an. Vor diesem Hintergrund brachen unterschiedliche Interessen und auch Widersprüche zwischen den Schwesterparteien auf. In Dibra, im albanisch-makedonischen Grenzgebiet gelegen, spitzte sich die Debatte über das weitere Vorgehen der albanischen und jugoslawischen Partisanen zu. Einerseits änderte sich mit der Niederlage Italiens die Lage zugunsten der Antihitlerkoalition, andererseits war nach dem Einmarsch der Wehrmacht dringender denn je geboten, alle Widerstandskräfte – unabhängig von nationalen Vorbehalten – zu mobilisieren. Die deutsche Besatzungspolitik ziel-

te gerade darauf, die national-ethnisch bedingten Spannungen für ihre Ziele auszunutzen.

Wie aus dem Dokument ersichtlich, legte die albanische Parteiführung die in Dibra entstandene schwierige Situation zugrunde und wehrte sich gegen Vorwürfe, nationalistische Zugeständnisse zu machen. Sie argumentierte sachlich, dass das Vorgehen der eigenen Partisanen verhinderte, dass Kollaborateure und antikommunistische Gruppen die Waffen der geschlagenen italienischen Armeen übernahmen. Das sei im Interesse des gemeinsamen Anliegens von jugoslawischen wie albanischen Partisanen, die deutschen Besatzer zu vertreiben, erfolgt. Dibra wurde im September 1944 im Zusammenwirken der albanischen Nationalen Befreiungsarmee und der Jugoslawischen Volksbefreiungsarmee befreit und der territoriale Vorkriegszustand wieder hergestellt.

Das Dokument wurde von mir aus dem Albanischen übersetzt, und es wird erstmals in deutscher Sprache in den wissenschaftlichen Umlauf gebracht.

Erwin Lewin

Das Dokument:

Zentralkomitee der Kommunistischen
Partei Albanien¹

29. Oktober 1943

Lieber Genosse Tempo,²

deine Briefe³ haben uns in großes Erstaunen versetzt; ihr Ton ist sehr scharf und deine Urteile über unser Zentralkomitee sind ungerecht. Ebenso sind wir der Meinung, dass unsere Genossen vor Ort die von dir und von den makedonischen Genossen getroffenen beleidigenden Aussagen nicht verdienen.

¹ AQSH, F 14/AP, V 1943, D 39, Bl. 36-37/1.

² Svetozar Vukmanović-Tempo (1912-2000), jugoslawischer Politiker; 1933 Mitglied der illegalen KP Ju, 1940 in das Zentralkomitee der Partei gewählt; enger Kampfgefährte von J. B. Tito. Tempo gehörte dem Obersten Stab der Volksbefreiungsarmee an; 1941 Kommandant für Bosnien und Hercegovina und seit Ende 1942 Führer der Partisanenbewegung in Makedonien.

³ Es handelt sich um einen Brief, den Vukmanović-Tempo am 13.9.1943 an die albanische Führung geschrieben hatte, sowie um ein im Auftrag Tempos von Stevo (Janko) vom Makedonischen Partisanenstab am 14.9.1943 verfasstes Schreiben. Tempo informierte darin über ein Treffen mit Haxhi Lleshi, den er u. a. in ultimativer Form aufgefordert hatte, Partisanen, die dessen Befehl unterstanden, jedoch aus zu Vorkriegsjugoslawien gehörenden Gebieten stammten, dem makedonischen Partisanenstab zu unterstellen; siehe AQSH, F 14/AP, V 1943, D 39, Bl. 9.

Es ist durchaus nicht verwunderlich, dass sie in einer so schwierigen Situation möglicherweise ein Zugeständnis gemacht haben oder nicht in der Lage waren, sich bietende günstige Bedingungen zu nutzen. Aber unsere Genossen deshalb als Saboteure und Agenten „Großalbanians“ zu bezeichnen, ist eine sehr schwerwiegende und kühne Anschuldigung. Andererseits scheint uns, dass diese heikle Angelegenheit unsachlich beurteilt wird, sowie Entscheidungen getroffen und „Befehle“⁴ erteilt werden, ohne die Situation und die Ereignisse richtig abzuwägen. Was die Frage Dibra angeht, so war und ist unsere Auffassung klar, und wir haben in diesem Sinne Anweisungen an unsere Genossen, die in diesem Bereich arbeiten, übermittelt.

Dibra muss gemäß der alten Grenzen unter Kontrolle der Partei und des Jugoslawischen Nationalen Befreiungsstabes stehen, weil wir die neuen vom Faschismus gezogenen Grenzen nicht anerkennen. Doch wie stellt sich die Situation in Dibra dar. Darüber wurde uns wie folgt berichtet, und wir sind überzeugt, dass es sich so verhält: In der Stadt sind die Makedonier in der Minderheit und der Einfluss der Jugoslawischen Partei ist nicht groß aufgrund ihrer schwachen Organisation, und infolgedessen ist die nationale Befreiungsbewegung unter Führung des Stabes der Jugoslawischen Partei gering, sogar embryonal.

In Dibra und im Umland der Stadt ist, wenn man die reaktionären Gruppen beiseitelässt, die einzige Abteilung, die wahrgenommen wird, die von Haxhi Lleshi.⁵ Sie wird von Tag zu Tag stärker und gewinnt an Boden. Das Bataillon von Haxhi Lleshi stellte bis zur Kapitulation Italiens und danach die einzigen Kämpfer, die der in Dibra ziemlich starken Anhängerschaft der Reaktion bis zu einem gewissen Grade Paroli boten. Die bewaffneten reaktionären Gruppen stürzten sich nach der italienischen Kapitulation auf die Beute und rissen sie an sich, und es waren diese Banden, denen die Gewehre in die Hände fielen, und nicht dem Haxhi Lleshi (wie der makedonische Genosse Janko⁶ schreibt). Eben dieser Haxhi Lleshi, der als „Großalbaner“ bezeichnet wird, hinderte die Freischärler der bajraktars⁷ nicht nur daran, alle Gewehre zu rauben, sondern auch weitere Schandtaten zu begehen.

⁴ Einer der Befehle Tempos lautete, der lokale Nationale Befreiungsrat in Dibra habe die Verbindung zur albanischen KP-Führung abubrechen und sich dem makedonischen Stab zu unterstellen; siehe ebenda, Bl. 9.

⁵ Haxhi Lleshi (1913-1998), albanischer Politiker; Organisator des bewaffneten Widerstands gegen die Okkupation im Nordosten Albaniens. 1942 Kommandeur der Partisanenabteilung von Dibra; seit 1943 Mitglied der KPA und des Generalstabes der Nationalen Befreiungsarmee.

⁶ Zur Person von Stevo (Janko) konnten keine Angaben ermittelt werden.

⁷ Stammesführer.

Dibra befand sich folglich nach der Kapitulation Italiens in einer Situation, in der die Partisanen des Haxhi die alleinigen Hoffnungsträger waren, diese Situation zu meistern, wenn sie denn zu beherrschen war. Die Reaktion war stark, ihre Söldner unverbraucht, andererseits gab es keine organisierte makedonische Widerstandskraft. Mit einem Wort: unsere Positionen waren schwach (unsere ebenso wie eure Positionen). Wie sollte sich Haxhi Lleshi in diesem Moment verhalten? Wir waren mit dir nicht einverstanden und teilen deine Meinung nicht. Wir denken, dass der Zeitpunkt (angesichts der geringen Kräfte, über die wir verfügten) nicht geeignet war, in Dibra die Macht der makedonischen Partisanen zu errichten. Wir und auch ihr hätten dann die gesamte Reaktion im Nacken gehabt, und zwar nicht nur die Reaktion, sondern auch die Bevölkerung, die uns bezichtigen würde, uns „verkauft“ zu haben. Das hätte erhebliche Auswirkungen auf unseren und euren Kampf gehabt, den wir im dortigen Gebiet führen.

Haxhi Lleshi und die Partisanen würden auf diese Weise das Vertrauen verlieren, das sie in Dibra gewonnen haben. Denn unser Volk, Genosse Tempo, hat noch nicht den Grad an Bewusstheit erreicht, um zu verstehen, was richtig ist. Wir müssen ihm den Weg erklären und wir denken, dies in folgender Richtung zu tun: Wir haben Haxhi Lleshi angewiesen, die Macht des Befreiungsrates zu errichten, in den Rat⁸ auch Makedonier zu wählen und sich in die Arbeit und den Kampf zu stürzen (keine Reden von der Kanzel zu halten, was im Brief versucht wird zu suggerieren). Das Anliegen muss sein, unsere Positionen (eure und unsere) zu festigen und durch gemeinsame Arbeit unsere Reihen zu stärken und unsere Streiter zu befähigen, die Reaktion und ihre Anhänger zu schlagen. Wenn wir erreichen, ihren Angriffen zu widerstehen, und der Bevölkerung unser Vorgehen zu erklären, dann könnten der Rat und die Armee in Dibra unter eure Kontrolle gestellt werden.

Solange unsere Positionen nicht stark genug sind, halten wir diesen Weg für geeigneter, um unter den gegebenen Bedingungen für alle Fälle standzuhalten. Wir meinen, wenn wir auf diese Weise vorgehen werden, gleiten wir nicht auf „großalbanische“ Standpunkte ab. Das wäre tatsächlich so, wenn, wie du sagst, die Jugoslawische Partei und die jugoslawischen Partisanen Dibra unter Kontrolle hielten, und wir Spielchen trieben und Dibra „beanspruchen wollten, weil es uns gehört“. Wir meinen, dass du die Psychologie der Bevölkerung von Dibra und die geografischen Gegebenheiten ebenso kennst wie wir: Die Stadt Dibra und einige wenige Dörfer, die nach der alten Grenzziehung zu Jugoslawien gehörten, waren vollkommen mit Albanien verbunden. Selbst die Makedonier hatten enge Verbindung zu den Albanern.

⁸ Gemeint ist der lokale Befreiungsrat von Dibra, der zugleich Organisator des Widerstandskampfes und der neuen Volksmacht sein sollte.

Angesichts solcher Voraussetzungen die richtige Linie per Dekret oder durch einen Befehl durchsetzen zu wollen, würde nur Schaden anrichten. Wir wiederholen: Diese Angelegenheit ist, wie dem auch sei, nicht ganz so einfach. Ihr solltet jetzt, da die Verbindung zum Genossen Tito hergestellt ist, eine Klärung der Frage verlangen, und ihre Lösung muss unverzüglich in Angriff genommen werden.⁹ Der Genosse Ali Gostivari¹⁰, den wir dort hinschicken, wird dich ausführlich über die Sache und die Kampfhandlungen unserer Einheiten informieren.

Mit kameradschaftlichem Grüßen¹¹

Willy Gengenbach und die vergessenen Spanienkämpfer im Lager von Le Vernet¹

Die kleine französische Gemeinde Le Vernet in den französischen Seealpen hat sich seit dem Germanwings-Absturz vom 24. März 2015 mit mehr als 150 Opfern in das Gedächtnis der Deutschen eingepägt. Mit dem gleichnamigen Ort am Rande der Pyrenäen verbindet sich noch eine andere Geschichte des Grauens für Deutsche: Le Vernet (Ariège) war von 1939 bis 1944 ein Internierungslager für Antifaschisten aus Europa. Zunächst im Frühjahr 1939 als Flüchtlingslager für Spanienkämpfer konzipiert, verstarben hier 217 der 3.728 Internierten. Die Mehrzahl der Hitlergegner wurde ab 1942 zusammen mit Frauen und Kindern aus andern Lagern nach Deutschland deportiert und kam

⁹ Josip Broz Tito (1892-1980) sprach sich als Generalsekretär der KP Ju in einem Brief an das ZK der KPA vom 6.12.1943 definitiv gegen den Zusammenschluss Kosovos mit dem Mutterland aus. Dadurch komme „Wasser auf die Mühlen der Reaktion“. Die einzige Garantie für die Zukunft Albaniens sei der bewaffnete Widerstand und die Zusammenarbeit der albanischen mit den anderen Nationalitäten; siehe AQSH, F 14/AP, V 1943, D 39, Bl. 46.

¹⁰ Deckname von Miladin Popović (1910-1945), jugoslawischer Kommunist aus Kosovo-Metohija; er war in Albanien interniert und wurde von albanischen Partisanen befreit. Im November 1941 Vertreter der KP Ju auf der Gründungsversammlung der KPA; als Berater der albanischen Parteiführung hatte er bis 1944 direkten Einfluss auf die Ausarbeitung deren strategischer wie taktischer Entscheidungen.

¹¹ Das Dokument trägt keine Unterschrift.

¹ Grundlagen dieses Beitrags bilden neben Interviews mit Claire Preissner und Käthe Lübeck-Popall zu den Bremer Spanienkämpfern in den achtziger Jahren vor allem Dokumente aus dem Nachlass von Erich Wollenberg: Briefe von Klaus Mann an Erich Wollenberg vom 30.5.1944 und 12.8.1944; Briefe von und an Ruth und Walter Fabian, die sich auf deren Mitarbeit im Hilfskomitee von Fry (Centre Américain de Secours) beziehen; Wollenbergs Antrag vom 15.4.1959 auf Haftentschädigung; das Gutachten von Arno Behrisch (MdB) vom 11.5.1960 über die Folgen der Flucht von Wollenberg 1934 nach Prag; Brief von Willy Brandt vom 20.12.1960 an Wollenberg, Algerien betreffend; Wollenbergs nur zum Teil veröffentlichte Thälmann-Biografie und sein Gutachten über die Ursprungsfassung des Buchs von Herbert Wehner: Zeugnis – Persönliche Notizen 1929-1942, hrsg. v. Gerhard Jahn, Kiepenheuer & Witsch, Köln 1982.

in Auschwitz um – darunter Theodor Wolf, der einstige Chefredakteur des „Berliner Tageblatt“. Andere Spanienkämpfer wie Franz Dahlem, Friedrich Wolf oder Paul Merker kamen mit dem Leben davon, ebenso wie die in der „freien Zone“ Frankreichs internierten prominenten Deutschen aus den Lagern von Gurs, Les Milles oder St. Cyprien: unter ihnen Lion Feuchtwanger, Alfred Kantorowicz, Max Ernst. Diesen und hunderten anderen deutschen Antifaschisten gelang es mit Heinrich Mann und Ernst Bloch, noch rechtzeitig von Marseille aus, mit einem nicht allen zugänglichen Visum des amerikanischen „Emergency Rescue Committee“ (ERC) der Auslieferung an die Gestapo zu entgehen. Das ERC, nach der deutschen Besetzung Frankreichs in New York von Quäkern und liberalen Intellektuellen initiiert, entsandte den amerikanischen Journalisten Varian Fry nach Marseille. Mit Hilfe eines großen Netzwerks von Unterstützern und mehreren Konsulaten gelang es Fry bis zu seiner Ausweisung durch die französische Polizei im August 1941, zahlreichen gefährdeten deutschen Künstlern, Schriftstellern, Wissenschaftlern und Politikern das Leben zu retten.

Auch der am 10. Mai 1940 in Le Vernet eingelieferte, damals 24 Jahre alte Willy Gengenbach überlebte mit Rudolf Leonhard, Gerhard Eisler und Walter Janka das „französische Schandmal von Le Vernet“, wie er mir im Februar 1990 mitteilte. Er forderte dazu auf, die französischen Internierungslager („Camps de Concentration“) als deutsch-französisches Tabu aufzuarbeiten. Vergleichbare Erfahrungen hatte er schon 1933 als Häftling im KZ Börgermoor gemacht. „Der einzige Unterschied: Damals schlugen sie noch brutaler auf uns ein“. Er teilte dieses doppelte Schicksal mit dem Bremer Spanienkämpfer Heinrich Windt, genannt Schramm. Dieser Kommandeur des Hans-Beimler-Bataillons war 1933 als KPD-Mitglied im Bremer KZ Mißler interniert worden, bevor er über Paris nach Spanien floh, um dort die Republik zu verteidigen. 1945 gehörte Schramm zu den zentralen Figuren beim Wiederaufbau der Parteien in Bremen. Und das im Konflikt mit einem anderen Spanienkämpfer, der sich dem französischen Widerstand angeschlossen hatte. Es handelt sich um Walter Rother-Romberg. Er wurde im Juni 1945 vom Londoner Exilvorstand mit dem Aufbau der SPD in der Bremer Region beauftragt. Als Vertrauter von Kurt Schumacher übernahm er die Funktion eines Parteisekretärs der SPD für Bremen. Ein weiterer Bremer Spanienkämpfer war der Kunstschlosser Carl Preissner (1894-1959), der nach 1920 als Literaturobmann in die KPD-Bezirksleitung Nordwest gewählt worden war und als Redakteur für das Zentralorgan der KPD tätig wurde. 1933 floh er vor den Nazis und fuhr zusammen mit seinem Sohn mit dem Fahrrad nach Moskau. Dort arbeitete er unter seinem Decknamen Peter Kast als Filmemacher und schrieb Exposéés für Trickfilme. Nach dem Moskauer Schauprozess von 1936 als „Abweichler“ und „Opportunist“ von „Säuberungen“ bedroht, ging er von 1936 bis 1939 als Freiwilliger zu den Internationalen Brigaden nach Spanien,

um anschließend im französischen Lager St. Cyprien interniert zu werden. Nach 1945 kehrte er nicht nach Bremen zurück. Er arbeitete als Kulturredakteur des „Vorwärts“ in Berlin und lebte als Schriftsteller in der DDR.²

Der Kommunist Willy Gengenbach setzte nach 1945 auf eine politische Betätigung in seiner alten Heimat im Ruhrgebiet. Hier wurde er schon vor dem KPD-Verbot in Westdeutschland verfolgt: Er floh ein zweites Mal nach Frankreich und überlebte in Paris als Bouquinist am Seine-Ufer. Dort war ihm ein „Prospekt der Volkshochschule Nürnberg³ in die Hände gefallen“, wie er mir schrieb: „Die Kenntnisnahme der am 10. Juni 1986 im Gewerkschaftshaus stattgefundenen Kolloquien (zum 50. Jahrestag des Spanischen Bürgerkriegs) veranlassen mich, Ihnen das beiliegende Material zu schicken. Was die Entsorgung betrifft, geht es hier vielleicht weit schlimmer zu als bei Euch.“

Dieser handschriftliche Brief vom 17. Februar 1990 mit all den persönlichen Briefen, Zeichnungen und Gedichten eines mir bis dahin Unbekannten hat mich sehr berührt, zumal er an einen entfernten, in meiner Familie lange verdrängten Verwandten erinnerte, der mit Gengenbach im französischen Exil überlebt hatte: Erich Wollenberg. Dieser einstige Leutnant der kaiserlichen Armee verteidigte im April 1919 an der Seite von Erich Mühsam, Ernst Toller und Gustav Landauer die Münchener Räterepublik, die ebenso blutig von den Freikorps niedergeschlagen wurde wie zuvor die Bremer am 4. Februar 1919. „Als Rotarmist vor München“ übernahm er ab 1921 wichtige Funktionen in der KPD. Er war am Aufbau des militärischen Abwehrdienstes der KPD beteiligt und wurde wie Preissner Redakteur in den Patezeitungen. Nach dem Scheitern des „deutschen Oktober“ floh er Anfang 1924 mit der abgesetzten KPD-Führung um Brandler und Thalheimer nach Moskau, wo er im Marx-Engels-Institut arbeitete und zum Professor für Revolutionsgeschichte an der Internationalen Leninschule ernannt wurde. Nach Meinungsverschiedenheiten mit der KPD-Parteiführung wurde Wollenberg im April 1933 aus der Partei ausgeschlossen. Der als „Trotzkist“ denunzierte Wollenberg entging der Verhaftung durch Stalin, später durch Hitler, indem er 1934 von Moskau über Prag und von dort 1938 nach Paris floh. Nach der Einweisung in das Internierungslager Le Vernet gelang ihm im Mai 1940 mit Hilfe französischer Offiziere die Flucht über Spanien und Portugal nach Casablanca. Als Zivilinternierter konnte er dort der Auslieferung an die Gestapo entgehen – eine spannende Lebensgeschichte als Grundlage für den Kino-Klassiker „Casablanca“.

Nach der Befreiung vom Faschismus wirkte Wollenberg als freier Journalist und Autor in Frankreich und Deutschland. Als Publizist veröffentlichte er schon Anfang Januar 1944 in Casablanca in Zusammenarbeit mit Klaus Mann eine Vision des europäischen Friedens nach Hitler. (Hitler et le Militarisme Al-

² Interview mit seiner Frau Claire Preissner am 5. und 12. Februar 1982 in Bremen.

³ Die Volkshochschule Nürnberg wurde damals vom Autor geleitet.

lemand et la Paix Europeenne). Später bezweifelte er Wehners Wende und Thälmanns Größe. Er beriet im algerischen Bürgerkrieg Ben Bella und Willy Brandt und verfasste für den Vorstand der SPD unsägliche „Tatsachen und Berichte aus der Sowjetzone“ („Von der Gestapo zum SSD“; „Von der NSDAP zur KP-SED). Am 6. November 1973 verschied er friedlich in Hamburg.

Jörg Wollenberg

Erich W. Gniffke: Tatsachen sind stärker als Lügen

Erich W. Gniffke (1895-1964) war nach dem Zweiten Weltkrieg Mitunterzeichner des Aufrufs des Zentralaussschusses der SPD vom 15. Juni 1945 und einer der drei Vorsitzenden der SPD. Gniffke unterstützte die separate Fusion von KPD und SPD zur SED im April 1946. Er wurde Mitglied des Zentralsekretariats der SED. Im Oktober 1948 floh er in den Westen, weil er Ulbrichts Kurs, die SED zu einer Partei neuen Typus umzugestalten, nicht mittragen wollte.

Vorgestellt werden hier Dokumente aus den Jahren 1946/47, die der Presdienst der Partei am 9. August 1947 unter der Überschrift „Tatsachen sind stärker als Lügen. Zu den Märchen über angebliche Verhaftungen von Antifaschisten in der Ostzone“ veröffentlichte. Gniffke setzte sich mit der Hetze auseinander, in der Ostzone seien Sozialdemokraten wegen ihrer Gesinnung verhaftet worden und verschwunden. Diese Hetze wurde nicht nur in der Tagespresse betrieben, sondern auch in den Funktionsorganen der SPD in den Westzonen. Im „Sozialdemokrat“ vom 2. August 1947 war behauptet worden, dass Erich W. Gniffke, entgegen seinen vor einem Jahr geleisteten Versprechen, bisher keinerlei Stellung genommen habe zu den Fällen namentlich genannter angeblich verhafteter Sozialdemokraten.

Gniffke weist unter Bezug auf seinen Brief vom 14.10.1946 darauf hin, dass er das knappe Dutzend genannter Fälle überprüft habe, während in den Zeitungen unbekümmert von „Tausenden“ die Rede war. Er übermittle das Ergebnis der Überprüfung. Gniffke bot ferner an, bestimmte ungeklärte Fälle gemeinsam zu überprüfen: „Es gibt sicherlich eine ganze Anzahl von Fällen, die im beiderseitigen Interesse geklärt werden müssen. Im Frühjahr 1945 hat sich mancher als Mitglied einer antifaschistisch-demokratischen Partei zu tarren versucht, auch in der Sozialdemokratischen Partei. Wenn es sich um Elemente handelt, gegen die eingeschritten werden musste, so liegt kein Anlass vor, sich für sie einzusetzen, noch weniger, sie als SPD-Märtyrer zu bezeichnen.“ Ebenso ließ Gniffke wissen, dass er über Material zu „S 18“ (sozialdemokratische Spitzel der Gestapo) verfüge, das für die Überprüfung herangezogen werden könne. Die SPD der Westzonen antwortete nicht auf Gniffkes Angebot. Gniffke blieb die Erfahrung nicht erspart, dass die SPD un-

ter Kurt Schumacher von Anfang an einen strikten Kurs der Abgrenzung, Bekämpfung und Verteufelung verfolgte.

In seinem autobiografischen Buch „Jahre mit Ulbricht“, das Gniffke Mitte der 1960er Jahre in der Bundesrepublik veröffentlichte, bestätigte er, dass es in den Jahren 1946/47 in der SED noch einen Dialog zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gab. Die Situation änderte sich erst im Jahre 1948: „Vor und nach der Vereinigung von KPD und SPD war, von kommunistischem und sowjetischem Standpunkt betrachtet, den Sozialdemokraten zunächst noch eine gewisse ‚Narrenfreiheit‘ gewährt worden. Sie konnten nach Herzenslust gegen marxistisch-leninistische Grundsätze und Grundbegriffe verstoßen. Sie durften anderer Meinung sein als die Kommunisten, sie durften sogar opponieren. Die Antwort Ulbrichts lautete stets: ‚Gut, Genossen, wir müssen die Frage diskutieren.‘ Und die Fragen wurden diskutiert mit dem Erfolg, dass in den meisten Fällen die kommunistischen Argumente aufgeweicht wurden. Es bildete sich eine Front aus Sozialdemokraten und einigen Kommunisten gegen den doktrinären Stalinisten Ulbricht. Auch das wurde eine Zeitlang hingenommen. Es wurde, wenigstens in der Spitze der Partei, im Zentralsekretariat und im Parteivorstand, diskutiert wie in einer demokratischen Partei. Aber in den letzten Monaten war das alles anders geworden. Die Illusion, dass die ehemaligen Sozialdemokraten gemeinsam vorstoßen und den Kurs der Partei noch herumreißen könnten, war zerplatzt. Die Weichen waren auf den Kurs zur Partei ‚neuen Typus‘ gestellt.“¹

Diese Änderung war mit einer Kampagne gegen den Sozialdemokratismus verbunden. Wer in der SED auf sozialdemokratischen Positionen verharrte, musste damit rechnen, als „Schumacher-Agent“ gebrandmarkt und Repressionen ausgesetzt zu werden.

Auf der 28. Tagung des ZK der SED im Juli 1956 berichtete Walter Ulbricht, dass 691 ehemalige SPD-Mitglieder, die wegen „Agententätigkeit“ verurteilt worden waren, freigelassen wurden.² Der Entlassung folgte im Regelfall jedoch nicht die notwendige politische und moralische Rehabilitierung. Erst am 30. April 1990 beschloss die Zentrale Schiedskommission der PDS die politische Rehabilitierung all jener, die Ende der 1940er bzw. Anfang der 1950er Jahre wegen ihrer früheren Zugehörigkeit zur SPD als sogenannte Schumacher-Agenten aus der SED ausgeschlossen und zum Teil von der Justiz verfolgt worden waren.³

Siegfried Prokop

¹ Erich W. Gniffke: Jahre mit Ulbricht. Mit einem Vorwort von Herbert Wehner, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1966, S. 351.

² Vgl. Überarbeitetes Protokoll des 28. Plenums des Zentralkomitees der SED vom 27. bis 29. Juli 1956. Als parteiinternes Material gedruckt, S.13-15.

³ Vgl. Politische Rehabilitierung ehemaliger Mitglieder der SPD. In: Zur Entlassung werden vorgeschlagen. Mit einem Vorwort von Josef Gabert, Dietz Verlag, Berlin 1991, S.12-13.

Das Dokument:⁴

Pressedienst
(PD)

9. August 1947

Artikeldienst

Tatsachen sind stärker als Lügen

Zu den Märchen über angebliche Verhaftungen von Antifaschisten in der Ostzone

B e r l i n (PD)

Seit längerer Zeit wird seitens der SPD-Führung eine planmässige Hetze mit der Behauptung betrieben, in der Ostzone seien Sozialdemokraten wegen ihrer Gesinnung verhaftet worden und verschwunden. Diese Hetze wird nicht nur in der Tagespresse betrieben, sondern auch in den Funktionsorganen der SPD in den Westzonen.

Ein Artikel in der Nummer 178 des „Sozialdemokrat“ vom 2.8. greift dieses Thema nun wieder auf und behauptet in diesem Zusammenhang, Erich W. Gniffke, Mitglied des Zentralsekretariats der SED, habe entgegen seinem etwa vor einem Jahr geleisteten Versprechens bisher keinerlei Stellung genommen zu den Fällen namentlich genannter angeblich verhafteter Sozialdemokraten.

Diese Behauptung ist eine glatte Lüge, durch die lediglich Fortsetzung der Hetze der SPD-Presse „gerechtfertigt“ werden soll. Erich W. Gniffke ist dem knappen Dutzend von Fällen angeblich verhafteter Sozialdemokraten, die ihm genannt wurden - während in der SPD-Presse unbekümmert von „Tausenden“ gesprochen wird - unverzüglich nachgegangen und hat dazu bereits vor etwa 10 Monaten mit folgendem Brief Stellung genommen:

Erich W. Gniffke

Berlin, den 14.10.46

An die
Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Region Hannover
z.H. des Schriftleiters Herrn Willi Lanzke,
Schriftleitung des SPD-Wochenblattes für
Sozialismus und Demokratie

H a n n o v e r
Kleefelderstrasse 12

Werte Genossen!

So war die Aufforderung, mir in der Ostzone verhaftete Sozialdemokraten zu nennen, wirklich nicht gemeint. Ihr benutzt Euer Mitteilungsblatt dazu, um von dort aus unkontrollierbare Fälle zu veröffentlichen, ohne mir dann ein solches Blatt überhaupt zuzuschicken. Ihr überlasst es bewusst dem Zufall, ob ich etwas von den Fragen erfahre oder nicht. Das ist die von Euch bedauerlicherweise immer wieder angewandte Methode, darauf los zu hetzen, „weil schon etwas hängen bleiben wird.“ Trotzdem kommt einmal der Tag, von dem ab die

⁴ SAPMO-BArch, NY 90/641, Bl. 55-58.

Wirkung dieser Hetze das Gegenteil des erstrebten sein wird. Die Wahrheit wird sich durchsetzen.

Ich habe mein Versprechen gehalten und die genannten Fälle nachgeprüft. Soweit ich bis heute Erfolg damit hatte, gebe ich Euch folgende Aufklärung.

-2-

Pessedienst

(PD)

9. August 1947

Artikeldienst -2-

- 1.) Dr. ing. Bernhard Langenbeck
wurde tatsächlich am 23.2.46 verhaftet. Seine Verhaftung erfolgte, weil er eine Fragebogenfälschung begangen hat. Er verschwieg, dass er Mitglied der NSDAP gewesen ist und sich als solches aktiv betätigt hat. Auch bei der Aufnahme in die SPD hat er diese Tatsache verschwiegen. Langenbeck wurde nach kurzer Zeit aus der Haft entlassen und ist dann aus der sowjetischen Besatzungszone verschwunden.
- 2.) Polizeipräsident Rudolf Schwabe
Hat sich in Chemnitz als illegaler Kämpfer einer sogenannten Ciphero-Bewegung getarnt und gleich, nachdem die Nazis Chemnitz aufgegeben hatten, das Polizeipräsidium übernommen.
Wie er hatte noch ein anderer politischer Hochstapler, Dr. Ring, sich in diesen Tagen als Oberbürgermeister von Chemnitz einsetzen lassen.
Schwabe wie auch Ring waren Offiziere und Ausbilder in der Chemnitzer Artillerie-Kaserne und zwar war Schwabe als Batteriechef und NS-Schulungsoffizier tätig. Bei der Bildung des "Volkssturms" übernahm er die Ausbildung eines Bataillons.
Schwabe wie auch Ring und der das Kleeblatt ergänzende Textilindustrielle Hübsch traten der SPD bei. Als Polizeichef hat Schwabe sich sofort mehr als 30 ehemalige Feldwebel, Offiziersanwärter und Offiziere als Mitarbeiter zusammengestellt. Nachdem noch ein hinreichend begründeter Verdacht von Insulin-Schiebungen hinzukam, wurden die Beteiligten, darunter auch Schwabe, verhaftet.
- 3.) Maria Arning
früheres Mitglied der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist Amtsleiterin des Arbeitsamtes Magdeburg und erfreut sich bei der Bevölkerung eines grossen Ansehens. Sie ist aber nicht verschwunden, sondern befindet sich mitten im öffentlichen Leben in Magdeburg.
- 4.) Redakteur Kurt Steinischen
Der Name ist falsch. Es handelt sich um den Genossen Hans Georg Steinschen, der von Halle nach Berlin versetzt wurde und zurzeit Chefreporter beim „Neuen Deutschland“ ist. Auch er ist nicht verschwunden. (Anm. d. Red.: H.G. Steinischen⁵ arbeitet jetzt bei der Zeitschrift „Für Dich“)
- 5.) Pol.-Obltnt. Lipp

⁵ So im Original.

Es ist richtig, dass Genosse Lipp aus dienstlichen Gründen von seiner Funktion abgelöst wurde. Er hat eine andere Funktion in der öffentlichen Verwaltung übernommen und befindet sich nach wie vor im Dienst, ist also auch nicht verschwunden.

Weitere Nachprüfungen werde ich nur dann vornehmen, wenn die Bitten um Auskünfte den ehrlichen Willen zeigen, der gemeinsamen Sache zu dienen und Fragen nicht zu dem Zweck gestellt werden, um mit ihnen eine demagogische Hetze zu betreiben.

Es gibt sicherlich eine ganze Anzahl von Fällen, die im beiderseitigen Interesse geklärt werden müssen. Im Frühjahr 1945 hat sich mancher als Mitglied einer antifaschistisch-demokratischen Partei zu tarnen versucht, auch in der Sozialdemokratischen Partei. Wenn es sich um Elemente handelt, gegen die eingeschritten werden musste, so liegt kein Anlass vor, sich für sie einzusetzen, noch weniger, sie als SPD-Märtyrer zu bezeichnen.

Viel schlimmer liegen noch andere Fälle, wo alte Funktionäre, die vor 1933 eine hervorragende Rolle gespielt haben, in der Zeit von 1933 bis 1945 schwach geworden sind. Material darüber ist nicht nur in unserem Besitz. Soweit es sich in unserem Besitz befindet

Artikeldienst -3-

warten wir nur auf die Gelegenheit einer vernünftigen Aussprache mit der SP-Leitung, damit eine sachliche Klärung im Interesse der Reinerhaltung der Parteien erfolgt. So haben wir z.B. auch Material über S 18 sozialdemokratischer Spitzel der Gestapo). Hier handelt es sich um einen derzeitigen sozialdemokratischen Minister, der hinreichend verdächtig ist, als Gestapospitzel gearbeitet zu haben.

Wir sind der Auffassung, dass solche Fälle geklärt werden müssen, aber nicht nach Eurer Hetzmethode, sondern indem man sich einmal zusammensetzt, sie sachlich bespricht und zur Lösung bringt. Ich bin also dafür, dass wir endlich in einer Atmosphäre der gegenseitigen Achtung und des Vertrauens zusammenfinden. Nur auf diese Weise können alle Fragen, insbesondere auch Fragen der Reinigung und der Reinerhaltung der antifaschistisch-demokratischen Parteien behandelt werden. Wir müssen aus der „Drecklinie der Politik“ herauskommen, in die Ihr leider mit Eurer Methode immer wieder hineinschliddert.

Mit sozialistischem Gruss

gez. Erich W. Gniffke

Die SPD-Führung liess dieses Schreiben unbeantwortet. Sie veröffentlichte es nicht - und setzte ihre Hetze fort.

Erich W. Gniffke richtete nunmehr am 4. August 1947 folgenden Brief an die Redaktion des „Sozialdemokrat“:

Zu Ihrem Artikel in Nr. 178 vom 2.8.47

Vor etwa mehr als einem Jahr befand ich mich in Hamburg. Auf einer Konferenz mit Pressevertretern wurde mir u.a. die

Frage vorgelegt, ob es wahr sei, dass in der östlichen Zone Sozialdemokraten verhaftet und in ein KZ überführt würden. Wahrheitsgemäß antwortete ich, dass mir nicht ein einziger Fall bekannt sei, wo ein Antifaschist seiner politischen Einstellung wegen in Haft genommen sei.

Ich erbat die Nennung von Namen, um derartigen Fällen nachgehen zu können. Keiner der Teilnehmer der Pressekonferenz hat mir einen Namen genannt. Dafür hatte man sich etwas anderes ausgedacht. Man hatte einen Sozialdemokraten mitgebracht, der in Sachsen tätig gewesen war und von dort angeblich nach der Westzone flüchten musste, weil er sonst „verhaftet worden wäre“. Mit diesem Märchen war aber nichts anzufangen, denn ich kannte den Fall sehr genau und konnte der Pressekonferenz gerade an Hand dieses Falles und zwar im Beisein des „geflüchteten“ Sozialdemokraten nachweisen, dass andere Gründe für seine „Flucht“ vorgelegen hatten. Ich konnte ebenso beweisen, wie bedenkenlos in einer gewissen Presse gehetzt wird. Seit dieser Begegnung in Hamburg bis zum heutigen Tage hat keiner der Teilnehmer der Pressekonferenz mir einen Namen eines wegen „sozialdemokratischer Einstellung“ angeblich Verhafteten mitgeteilt. Da ich grundsätzlich meine Versprechungen zu halten pflege, hätte ich mich um eine Klärung bemüht und nach einer solchen auch geantwortet.

Am 10. August 1946 erschien in der „Wochenschrift für Sozialismus und Demokratie“ ein Artikel, in dem einige Namen von Verhafteten genannt wurden. Ich wurde aufgefordert, hierzu Stellung zu nehmen. Das ist am 14. Oktober 1946 geschehen. Sie, meine Herren Redakteure, wissen sehr genau, dass es nicht allein in der sowjetischen, sondern in allen, also auch in den westlichen Besatzungszonen Lager gibt, die nicht zur Einflussphäre der politischen Parteien gehören. Wenn Sie der Auffassung sind, dass in solchen Lagern Menschen sitzen, die nicht hineingehören, so wenden sie sich zweckmäßigerweise an die zuständigen Stellen der

Artikeldienst - 4-

Besatzungsmächte. Sie werden zweifellos gehört werden, wenn aus einer Eingabe der ehrliche Wille spricht, vermeintlich zweifelhafte Fälle zu klären. Dieser Wunsch war in keinem Ihrer und der Artikel Ihrer Gesinnungsgenossen in den Westzonen zu erkennen. Erkennbar war bisher nur, jede - aber auch jede Gelegenheit zu einer Hetze gegen alles, aber auch wirklich alles - zu benutzen, was in Verbindung mit der Sowjetunion, mit der sowjetischen Besatzungsmacht und mit der sowjetischen Besatzungszone steht. Es ist dies auch eine Art Kriegsführung, die Sie und Ihre Gesinnungsgenossen im Goebbelschen Sinne über den 8. Mai 1945 fortgesetzt haben und wohl noch weiter fortführen werden, nicht zum Nutzen, sondern zum Schaden des deutschen Volkes.

Im Gegensatz zu diesem Kampf der Verblendeten arbeiten wir Sozialdemokraten, die wir uns der Vereinigung der Sozialisten angeschlossen haben, ehrlich an einer Verständigung über die Zonengrenzen hinweg innerhalb Deutschlands und über Deutschland hinaus, damit endlich jeder niederträchtige Kampf aufhört, die Hassmauern, die Hitler und Goebbels aufgerichtet ha-

ben, niedergelegt werden und das deutsche Volk wieder einmal frei atmen kann. Das ist eine Mission, der sich alle Antifaschisten auch über die Parteigrenzen hinweg anschliessen sollten. In gemeinsamer Arbeit könnte es zweifellos gelingen, einen einheitlichen deutschen Standpunkt zu erarbeiten und diesen allen Besatzungsmächten gegenüber zu vertreten. Das wäre lohnender als das diffamierende Goebbelsche Schlagwort vom „Sowjetparadies“ geistlos auf die Sowjetzone abzuwandeln und im Interesse einer in den Westzonen noch immer festsitzenden Reaktion gegen die Reformen zu polemisieren, die uns wenigstens in einem Teil Deutschlands – nämlich in der sowjetischen Besatzungszone – die Parasiten und Kriegsunruhestifter vom Halse geschafft haben. Gäbe es doch wenigstens in dieser Frage eine Verständigung zwischen allen Sozialisten.

Bitte, teilen Sie den Inhalt dieses Schreibens auch den „Hessischen Nachrichten“ mit, die Ihnen den Hetzartikel gegen die sowjetische Besatzungsmacht vorgedruckt haben, ebenso den Inhalt meines Schreibens vom 14. Oktober 1946 an die SPD Hannover, von dem ich Ihnen eine Kopie übersende.

Hochachtungsvoll

Gez. Erich W. Gniffke

Vorankündigung

Das internationale Echo des Gedenkens an die Oktoberrevolution (1918-1990)

Zu diesem Thema findet vom *14.-16. September 2016* an der Universität Lausanne, Schweiz, eine *wissenschaftliche Konferenz* mit internationalen Wissenschaftlern statt, darunter Jean François Fayet (Schweiz), Kevin Morgan (England), Norman LaPorte (Wales), José Gotovich (Belgien), William A. Pelz (USA), Carola Tischler (Deutschland). Unser Vereinsmitglied Ottokar Luban referiert zum Thema „Das Echo auf die russischen Oktoberrevolution 1917 unter dem Belagerungszustand in Deutschland, Oktober/November 1918“.

Zum Programm der Veranstaltung siehe

<http://wp.unil.ch/october17commemoration/files/2016/06/Programme.pdf>.

Übersichten und Findmittel

Informationen über Mitteilungsblätter, Kurzbestandsübersichten und Findbücher von Archiven der neuen Bundesländer und Berlin, von Archiven der Parteien und Organisationen, von wissenschaftlichen und kulturellen Institutionen (XXXX)

Bund: Johanna Säger widmet sich in ihrem Beitrag „Zwischen allen Stühlen. Die *Sammlung Industrielle Gestaltung* als Archiv zur materiellen Kultur der DDR“¹ einer gegenständlichen Überlieferung von besonderer kultur- und kunstwissenschaftlicher Bedeutung. Die spezielle Sammlung entstand in den Jahren 1952 bis 1990 beim Amt für Industrielle Formgestaltung der DDR² und dessen Vorgängereinrichtungen.³ Diesen oblag Planung, Leitung und fachliche Aufsicht bei der Gestaltung der Industrieproduktion der DDR.

Die Sammlung umfasst ca. 160.000 Objekte, eine Fotosammlung mit 30.000 Motiven industrieller Waren aus der DDR-Produktion sowie ausgewählter historischer Vorbilder und internationaler Spitzenleistungen des Industriedesigns. Ergänzender Bestandteil der Sammlung sind: die historische Designbibliothek, Dokumente und Archivalien mit dem inhaltlichen Schwerpunkt DDR, z. T. auch der Vorkriegsmoderne zwischen der Werkbund- und Bauhausbewegung.

Die Sammlung setzt sich 1. aus dem Kernbestand der bis zur Auflösung des Amts für Industrielle Formgestaltung im Jahre 1990 überlieferten Designobjekte und 2. aus einer vor allem von früheren Mitarbeitern dieses Amts ca. 1990 bis 2005 zusammengetragenen Überlieferung gegenständlicher und schriftlicher Materialien zusammen (z. B. Übernahme bedeutsamer Ausstattungen aufgelöster Regierungsinstitutionen, Aufkäufe aus Lagern der „Kunst und Antiquitäten GmbH“ des Bereichs Kommerzielle Koordinierung, Ankäufe von Spezialsortimenten, etwa eines umfangreichen Angebots von Kinderspielzeug aus DDR-Produktion eines der führenden Spezialwarenhäuser in Berlin (DDR) kurz vor der Währungsunion sowie Sicherung von Nachlässen von DDR-Designern und Mitarbeitern des Amts für Industrielle Formgestaltung).

Die Verfasserin macht darauf aufmerksam, dass der bis 1990 überlieferte Kernbestand ausschließlich aus fabrikneuen Produkten mit den dazu gehö-

¹ Johanna Säger: Zwischen allen Stühlen. Die Sammlung Industrielle Gestaltung als Archiv zur materiellen Kultur der DDR. In: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, hrsg. am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam von Frank Bösch/Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow, H. 1/2015, S. 124-139.

² So funktionierte die DDR. Hrsg. v. Andreas Herbst/Winfried Ranke/Jürgen Winkler, Red. Wolfgang Müller, Bd. 1, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg 1994, S. 55-56.

³ Zu den Vorgängerinstitutionen und ihrer archivalischen Überlieferung einschließlich des Amts für Industrielle Formgestaltung der DDR vgl. den zusammengefassten Bestand DF 7 Amt für Industrielle Formgestaltung der DDR unter www.argus.bundesarchiv.de.

renden originalen Entwurfsunterlagen und Qualitätsbewertungen besteht.⁴ Ein wesentlicher Unterschied zwischen dieser Sammlung und den Sammlungen von Alltagsgegenständen aus DDR-Produktion in einer Vielzahl nach 1990 entstandener Museen und Dokumentationsstätten (z. B. Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR e. V.⁵) besteht darin, dass letztere ausschließlich Objekte des Alltagsgebrauchs enthalten. In diesen mehrheitlich durch Schenkungen entstandenen Sammlungen gibt es in den seltensten Fällen schriftliche Unterlagen oder erläuternde Interviews zu den verwahrten Objekten (das ist auch beim Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR e. V. in Eisenhüttenstadt der Fall).

Ausführlich wird der Stand der gegenwärtigen wissenschaftlichen Bearbeitung der Sammlung des Amts für Industrielle Formgestaltung der DDR beschrieben und betont, dass diese der Bedeutung dieser Sammlung, „eine der ältesten zum Design in Deutschland – und mit etwa 160.000 Objekten wohl die umfassendste und vielseitigste zur Produktgestaltung in der DDR“⁶ – nicht gerecht wird. Teile der Bestände sind provisorisch erschlossen: Für den Kernbestand der Jahre 1952 bis 1990 bieten die Inventarbücher Zugang zu den Objekten. Für die nach 1990 fortgeführte Sammlung liegen eine summarische Übersicht und eine grobe Vorordnung vor sowie im Unterschied zum ersten Teil der Objektsammlung eine Sammlungsdokumentation. Eine Benutzung zu wissenschaftlichen Zwecken ist auf Anfrage möglich. Zu Recht fordert die Autorin – 2008 bis 2012 Leiterin der Sammlung Industrielle Gestaltung in der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn – eine systematische Katalogisierung, inhaltliche Bewertung und damit bessere Zugänglichkeit.⁷ Zugleich macht sie darauf aufmerksam, dass die Stiftung mit der seit November 2013 bestehenden Dauerausstellung im Museum in der Kulturbrauerei in Berlin⁸ „weitestgehend auf die noch im Gedenkstättenkonzept der Bundesregierung 2008 vorgesehene ‚Geschichte der Produkt- und Alltagskultur‘ als Mittel ‚zur kritischen Auseinandersetzung mit dem gegenständ-

⁴ Johanna Sänger, a. a. O., S. 127.

⁵ Andreas Ludwig: Das Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR in Eisenhüttenstadt. In: MfK, Nr. 26/2004, S. 3-9; Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR. Sammlung, Ausstellung, Bibliothek. Hrsg. Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR e.V., Erich-Weinert-Allee 3, 15980 Eisenhüttenstadt, 2001, 35 S., Abb.

⁶ Johanna Sänger, a. a. O., S. 124.

⁷ Ebenda, S. 124/125.

⁸ Ebenda, S. 128. Vgl. auch die kritische Wertung der Ausstellung der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, durch Birgit Walter: Noch eine Schrankwand. Und noch einmal Ost-Alltag - Sieben Jahre nach dem privaten DDR-Museum richtet das Bonner Haus der Geschichte auch eins in Berlin ein. In: Berliner Zeitung, Nr. 268 vom 16./17. November 2013, S. 26.

Zur Ausstellung der Stiftung im Museum in der Kulturbrauerei, Knaackstr. 97, 10435 Berlin, vgl. den Flyer „Alltag in der DDR“, o. O. u. J.

Das private DDR-Museum befindet sich in 10178 Berlin-Mitte, Karl-Liebknecht-Str. 1.

lichen Erbe der DDR““ verzichtete.⁹ Kritisch angemerkt wird ferner, dass die Stiftung einzelne Objekte aus dem Sammlungsbestand lediglich zur Illustration für zeitgeschichtliche Ausstellungsprojekte¹⁰ und nicht als Teil der „vorhandenen materiellen Kultur der DDR“¹¹ präsentiert.

Im Ergebnis von Gesprächen zwischen dem Vorstand der Gesellschaft für Designgeschichte e. V.¹² und der Leitung des Hauses der Geschichte sollen in der Berliner Kulturbrauerei wechselnde Sonderausstellungen zur Sammlung gezeigt werden. Den Auftakt bildet 2016/17 eine Ausstellung zum Wirken des Amtes für industrielle Formgestaltung, die ein erster Schritt zur differenzierten Bewertung der design- und kulturgeschichtlichen Leistungen als Teil der Geschichte der DDR sein könnte.¹³

Der Beitrag zeichnet sich durch einen inhaltlich instruktiven Anmerkungsteil (Print- und digitale Medien) aus, der für zahlreiche weiterführende Forschungen zur Geschichte des Designs in der DDR Ausgangspunkt sein kann.

Archive von Stiftungen: Das *Archiv Demokratischer Sozialismus (ADS)* der Rosa-Luxemburg-Stiftung Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V., Berlin, legt in seiner Findbuch-Reihe zwei weitere Publikationsfindbücher vor: das Publikationsfindbuch zum Bestand Dr. Heidi Knake-Werner, MdB (1994 - 2002)¹⁴ und ein Publikationsfindbuch zur Archivüberlieferung des PDS-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern (1989 - 2007)¹⁵.

Nunmehr umfasst die Reihe 15 Bände.¹⁶ Die kontinuierliche Veröffentlichungstätigkeit des ADS 2001 bis 2015 zeugt von einer zielgerichteten Bestandsergänzung, einer umfassenden archivwissenschaftlichen Bearbeitung sowie einer offenen und aktiven Benutzerinformation. Die Findbücher sind in Print- und elektronischer Fassung verfügbar.

Insgesamt stehen sieben Publikationsfindbücher zu Beständen der Abgeordneten der ersten nach 1989 gewählten Volkskammer der DDR sowie des Deutschen Bundestages wissenschaftlich Interessierten zur Verfügung. Auf

⁹ Johanna Säger, a. a. O., S. 128.

¹⁰ Ebenda, S. 125.

¹¹ Ebenda, S. 126.

¹² Zur Gesellschaft für Designgeschichte e. V. und ihrem Anliegen siehe www.gfdg.org.

¹³ Johanna Säger, a. a. O., S. 139.

¹⁴ Bestand: Dr. Heidi Knake-Werner, MdB (1994 bis 2002), bearb. von Udo Wolter (= Findbücher /13). Hrsg. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2015, XX, 148 S. Als Manuskript gedruckt. – Vgl. auch www.rosalux.de/.

¹⁵ Bestand: Landesverband PDS Mecklenburg-Vorpommern (1989 bis 2007). Bearbeitet von Peter Jobmann, Anja Krüger, Andrea Paul und Marcel Ruh (= Findbücher / 15). Hrsg. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2015, XXIV, 333 S. Als Manuskript gedruckt. – Vgl. auch www.rosalux.de/.

¹⁶ Vgl. Annotationen einzelner Publikationsfindbücher: MFK, Nr. 22/2002, S. 11/12; MFK, Nr. 24/2003, S. 15/16; MFK, Nr. 25/2004, S. 9; MFK, Nr. 39/2011, S. 13; MFK, Nr. 42/2012, S. 32/33; MFK, Nr. 43/2013, S. 20/21; MFK, Nr. 45/2014, S. 20-22. – Sämtliche bisher veröffentlichten Findbücher sind über die Internetadresse www.rosalux.de zugänglich.

vielfältige Art und Weise spiegelt die archivalische Dokumentation die verschiedensten Funktionen und Akzente der Tätigkeit von Abgeordneten der PDS in den obersten parlamentarischen Vertretungen im Zeitraum 1989 bis 2002 wider. Ergänzt wird die persönliche archivalische Überlieferung einzelner Abgeordneter durch drei Bestände der Fraktion der PDS in der Volkskammer der DDR (März - Oktober 1990) und der PDS-Fraktion des Deutschen Bundestages (1994 - 1998, 1998 - 2002).

Heidi Knake-Werner, geboren am 5. März 1943 in Polen (Tomaszów-Mazowiecki), wuchs ab 1948 in Wilhelmshaven auf. Nach dem Abitur 1964 studierte sie an der Universität Göttingen Sozialwissenschaften. Danach übte sie verschiedene wissenschaftliche Tätigkeiten an den Universitäten Oldenburg und Bremen aus. 1978 Promotion zum Dr. phil. an der Universität Oldenburg. Stationen ihrer politischen Tätigkeit: Seit 1969 Mitglied verschiedener Einzelorganisationen des DGB; 1970 - 1981 Mitglied der SPD, für die sie u. a. das Amt der Stadträtin in Oldenburg wahrnahm; 1981 - 1989 Mitglied der DKP, seit 1990 der PDS. Knake-Werner gehörte zu den Mitbegründern der Linke Liste/PDS in Bremen; 1991 Wahl in den Parteivorstand der PDS (verantwortlich für Fragen der Sozialpolitik); zugleich Mitglied im Präsidium und im Bundesvorstand der PDS; 1994 - Februar 2002 Abgeordnete des Deutschen Bundestages; in dessen 13. und 14. Wahlperiode (1994 - 1998, 1998 - 2002) verschiedene Funktionen in Bundestags- und Fraktionsausschüssen der PDS; im Januar 2002 Wechsel in die Berliner Landespolitik (Januar 2002 - November 2006 Senatorin für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz; ab 23. November 2006 Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales; Oktober 2006 - April 2007 Mitglied des Abgeordnetenhauses in Berlin; seit Oktober 2010 Vorsitzende des Landesverbandes Berlin der Volkssolidarität sowie seit Ende November 2014 Mitglied im *Beirat für Zusammenhalt*).

An der bewährten inhaltlichen Gliederung der Personenfonds wird auch in der vorliegenden Publikation festgehalten. Das Vorwort (S. XI-XX) enthält Daten zur persönlichen Entwicklung, den Funktionen und Aktivitäten der Abgeordneten Knake-Werner. Es folgen Angaben zu den Schwerpunkten der parlamentarischen Tätigkeit im Deutschen Bundestag sowie Hinweise zur Überlieferungsgeschichte und auf korrespondierende Bestände im ADS (hier: Bestände der PDS im Bundestag 1994 - 1998, 1998 - 2002). Weiterführende Literaturhinweise sowie besondere ergänzende biografische Quellen (Autobiografie sowie ausführliche audiovisuelle Quellen – u. a. Videosammlung zur Bundestagsabgeordneten Heidi Knake-Werner) beschließen die Einleitung.

Der Archivbestand umfasst 22,4 lfm. sowie audiovisuelle Quellen (letztere sind infolge des Erhaltungszustandes und aus rechtlichen Gründen eingeschränkt benutzbar). Die schriftliche archivalische Überlieferung weist folgende Strukturierung auf: *Unterlagen zur Person; Unterlagen aus der Tätigkeit als MdB in der 13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages* (Arbeit im Par-

lament allgemein; Tätigkeit im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung; Leitung des Arbeitsbereiches III *Arbeitsmarkt und Sozialpolitik*; Korrespondenz); *Unterlagen aus der Tätigkeit als MdB in der 14. Wahlperiode des Deutschen Bundestages* (Arbeit im Parlament allgemein; Tätigkeit im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages; Tätigkeit im Fraktionsvorstand und als Geschäftsführerin der PDS-Bundestagsfraktion; Tätigkeit in der AG Arbeit, Soziales, Gesundheit der PDS-Bundestagsfraktion; Korrespondenz); *Sammlungsgut* (entstanden aus der Tätigkeit als MdB: Unterlagen zur Arbeitsmarktpolitik, zur Sozialpolitik, zur Rentenpolitik sowie zu weiteren Themenfeldern); *Aktivitäten außerhalb des Bundestages* (Unterlagen zur Arbeit im Parteivorstand der PDS; Reden und Artikel von Heidi Knake-Werner zu Veranstaltungen der PDS; Unterlagen zur PDS in Sachsen-Anhalt, Teil 1-3; Unterlagen zu den Wahlen in Bremen 1995); *Videosammlung zur Bundestagsabgeordneten Heidi Knake-Werner*. Ein Personen- und Sachindex erschließt die archivalische Überlieferung zusätzlich.

Mit dem *Publikationsfindbuch Bestand: Landesverband PDS Mecklenburg-Vorpommern* (1989 - 2007) präsentiert das ADS erstmals die archivalische Überlieferung eines Landesverbandes. Die Publikation dieses inhaltlich und quantitativ umfangreichen Bestandes wurde u. a. durch die ehrenamtliche Tätigkeit des Archivars im Archiv der Landesgeschäftsstelle Die LINKE Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin, möglich, welcher engagiert Vorarbeiten der Sicherung, Bestandsergänzung und vorläufigen Erschließung leistete, und das Archiv- und Sammlungsgut ordnungsgemäß an das ADS übergab. Auch in anderen Archiven der Landesverbände (u. a. in Brandenburg) ist ehrenamtliches Wirken bedeutsam für die Bewahrung historisch wertvoller Unterlagen.

In bewährter Art und Weise vermittelt das Vorwort (S. XIII-XXIV) wichtige Informationen zur Organisations- und Strukturgeschichte des Landesverbandes, zu den Überlieferungsschwerpunkten und zur archivischen Bearbeitung. Auf weiterführende und korrespondierende Bestände im ADS sowie auf Veröffentlichungen des Verlagsbuchhandels und sogenannte "grauer Literatur" zur Geschichte des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern wird verwiesen. Aufschlussreich für die unmittelbare Zugänglichkeit der wissenschaftlichen Forschung zu einem neu erschlossenen Bestand im ADS ist u. a. die im Literatur- und Quellenverzeichnis (S. XIII-XXIV) aufgeführte Arbeit von Christopher Scheele: *Die PDS/Linke in Mecklenburg-Vorpommern*. Magisterarbeit, Universität Rostock 2009.

Auf 300 Seiten erfolgt im Aktenverzeichnis die detaillierte Aufführung der durchgängig durch „Enthält u. a.-Vermerke“ inhaltlich zusätzlich über den Aktentitel erschlossenen Aktenüberlieferung. Eine differenzierte Gliederung der Aktengruppen (der Hauptaktengruppen in bis zu fünf inhaltlich gegliederte Untergruppen, in zwei Fällen bis zu 20 Untergruppen!) bietet eine optimale Struk-

turierung des Inhalts der Aktenüberlieferung. Personen- und Sachindex erschließen den Inhalt zusätzlich.

Der Gesamtbestand umfasst 16,7 lfm. aus den Jahren 1989 - 2007. Die Überlieferung ist in folgende Hauptgruppen untergliedert. 1. *Die Herausbildung der PDS Mecklenburg-Vorpommern*. 2. *Parteitage der PDS* (Bundesparteitage; Landesparteitage). 3. *Dokumente und Unterlagen des PDS-Landesvorstandes* (u. a. Sitzungen des Landesvorstandes; Unterlagen des Landesvorsitzenden; Beratungen des Landesvorstandes mit den Kreisvorsitzenden; Analysen und Studien zur Entwicklung der PDS in Mecklenburg-Vorpommern). 4. *Dokumente und Unterlagen der Landesschatzmeister*. 5. *Dokumente und Unterlagen des Landesgeschäftsführers* (Unterlagen zu Grundsatzzfragen und zur Struktur des Landesverbandes; Beratungen des Landesgeschäftsführers mit den Kreisgeschäftsführern). 6. *Unterlagen und Materialsammlungen der PDS Mecklenburg-Vorpommern zu politischen Aufgabengebieten* (u. a. Materialien zur Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik; zur Sozialpolitik; zur Kulturpolitik; zur Wissenschafts- und Bildungspolitik; zum Antifaschismus und Antirassismus; zur geschichtspolitischen Arbeit; Materialsammlung zu Bewegungen, Vereinigungen und Organisationen in Mecklenburg-Vorpommern; Unterlagen zu den Runden Tischen der Bezirke Schwerin, Rostock und Neubrandenburg). 7. *Dokumente und Unterlagen von Arbeitsgemeinschaften und Zusammenschlüssen in und bei der PDS Mecklenburg-Vorpommern* (u. a. LAG Cuba Si; LAG Friedens- und Sicherheitspolitik; Kommunistische Plattform; LAG Alternative Politik und Offener Kreis Selbständiger in und bei der PDS; LAG Antikapitalistische Linke; LAG Betrieb und Gewerkschaft; LAG Migrationspolitik und Antifaschismus; AG Junge GenossInnen und Landesjugendverbände). 8. *Dokumente und Unterlagen zur Öffentlichkeitsarbeit des Landesvorstandes*. 9. *Dokumente und Unterlagen zu Wahlen und zur parlamentarischen Tätigkeit von Linke Liste/PDS- und PDS-Abgeordneten* (u. a. Dokumente und Unterlagen zur Volkskammerwahl am 18. März 1990, zu Kommunalwahlen, Landtagswahlen, Bundestagswahlen, Europaparlamentswahlen in Mecklenburg-Vorpommern; Dokumente und Unterlagen zur Tätigkeit von Abgeordneten im Landtag Mecklenburg-Vorpommern und im Bundestag; Dokumente und Unterlagen der SPD-PDS-Regierungskoalition im Landtag Mecklenburg-Vorpommern). 10. *Dokumente und Unterlagen des PDS-Parteirates* (Bundesparteirat der PDS; Landesparteirat der PDS Mecklenburg-Vorpommern). 11. *Dokumente und Unterlagen der Landeschiedskommission der PDS Mecklenburg-Vorpommern*. 12. *Dokumente und Unterlagen der Landesfinanzrevisionskommission*. 13. *Dokumente und Unterlagen von 27 Kreisverbänden*.

Dem schließen sich eine Reihe aussagekräftiger Tabellen und Anlagen an: 1. Funktionen und Ämter der Landesvorsitzenden der PDS im Landesverband und in der Landtagsfraktion 1990-2009; 2. Mitglieder des Landesvorstandes

der PDS und Linkspartei.PDS (1990-2007); 3. Landesparteitage der PDS bzw. Linkspartei.PDS (1990-2007, unvollständige Überlieferung). Als außerordentlich nützlich bei der Auswertung insbesondere der Akten der Kreisverbände dürfte sich die Übersicht über die synchronoptische Zuordnung der Kreisverbände entsprechend der zahlreichen Änderungen der Kreisgrenzen aufgrund von Verwaltungsstrukturereformen in Mecklenburg-Vorpommern im Zeitraum 1989 bis 2007 erweisen. Detaillierte Personen- und Sachindices tragen zur zusätzlichen Erschließung der Akten bei.

Die Erstellung der Publikationsfindbücher des ADS 13 und 15 wurde wiederum durch Globalmitteln des Bundesministeriums des Innern möglich.

Konrad Kühne, Archivar und wissenschaftlicher Mitarbeiter im *Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP)* der Konrad-Adenauer-Stiftung in St. Augustin, gibt im Beitrag *Das Zentrale Parteiarchiv der CDU in der SBZ/DDR. Quellen zur Geschichte der CDU in der SBZ/DDR*¹⁷ eine umfassende Information über die archivwissenschaftliche Neu- bzw. Überarbeitung des Archiv- und Sammlungsguts des Zentralen Parteiarchivs der CDU in der DDR. Nach dem jetzigen Bearbeitungsstand (2015) beträgt der Gesamtumfang der im ACDP vorhandenen archivalischen Überlieferung 415 lfm. Akten, 13.000 Fotos, 790 Ton- und Filmaufzeichnungen sowie 260 Plakate. Ergänzt wird die archivalische Überlieferung durch die Bibliothek der CDU in der DDR mit ca. 20.000 Bänden sowie umfangreiches Sammlungsgut (Werbemittel, Fahnen, Abzeichen, Medaillen, Broschüren sowie Büsten der führenden Funktionäre der CDU in der DDR). Ursprünglich vorhandene Karteien, Ablieferungsverzeichnisse u. a. vor 1989 angefertigte Findbehelfe wurden über- bzw. auch neu erarbeitet und für die Eingabe in die Datenbank des ADCP vorbereitet.

Der Beitrag ist vor allem hinsichtlich der Information über die Aktenüberlieferungen der Parteivorsitzenden Otto Nuschke, Ernst Bach, Gerald Götting und Lothar de Maiziere von besonderem Interesse. Sie bilden mit ihren Handakten eine eigene Abteilung unter der Rubrik *Vorsitzende*. Kennzeichnend für diese Überlieferung ist, dass keine vollständige Übergabe des Akten- und Bibliotheksguts erfolgte, da diese Dokumentation als persönliches Eigentum betrachtet wird. Gerald Götting übergab nach eigenem Ermessen in unregelmäßigen Abständen sein Schriftgut an das damalige Zentrale Parteiarchiv der CDU. Die wichtigen Korrespondenzen von Götting mit Otto Nuschke, Georg Dertinger, Walter Ulbricht und Erich Honecker verblieben im persönlichen Büro Göttings und wurden wie sein umfangreicher Schriftwechsel mit Kirchenvertretern des In- und Auslands, Unterlagen aus der Tätigkeit der Volkskammerfraktion sowie die schriftliche Dokumentation eines Teils seiner Auslandsauf-

¹⁷ Konrad Kühne: Das Zentrale Parteiarchiv der CDU in der SBZ/DDR. Quellen zur Geschichte der CDU in der SBZ/DDR. In: Historisch-Politische Mitteilungen. Archiv für Christlich-Demokratische Politik. Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. hrsg. von Günter Buchstab, Hans-Otto Kleinmann und Hanns Jürgen Küsters, H. 22/2015, S. 301-329.

enthalten nach den gesellschaftlichen Veränderungen 1989/90 in sein Privathaus verbracht. Ende 2009 unterbreitete Gerald Götting dem ADCP ein Kaufangebot, das jedoch nicht zustande kam. Im September 2010 übergab Götting seine politische Korrespondenz, seinen persönlichen Schriftwechsel, Tagebuchaufzeichnungen, Manuskripte, Fotografien, Orden, Medaillen, Zeitungsausschnittsammlung sowie eine familiengeschichtliche Sammlung dem Stadtarchiv Halle/Saale. Zurzeit wird der Nachlass Göttings archivwissenschaftlich bearbeitet. Der Umfang der Überlieferung ist noch nicht im Einzelnen präzisiert. Anfragen zum Bearbeitungsstand können an den Leiter des Stadtarchivs Halle/Saale, Herrn Ralf Jacob, gerichtet werden.

Das ADCP ist bestrebt, die vorhandene Vielzahl von Vor- und Nachlässen von Politikern, Publizisten u. a. Vertretern der CDU in der SBZ/DDR¹⁸ zu ergänzen, und hat zwischenzeitlich die Vorlässe von Carl Ordnung¹⁹, Günter Nooke und Vera Lengsfeld erworben.²⁰

Präzisiert werden u. a. die Bestandsangaben zu den Aktenbeständen der mittleren und unteren Ebene. Von den 1952 aufgelösten Landesverbänden der CDU in der SBZ/DDR sind 38 lfm. überliefert. Lücken bestehen v. a. bei der Überlieferung des Landesverbandes Sachsen-Anhalt. Die Überlieferung von 15 Bezirksverbänden sowie 211 Kreisverbänden der CDU bis 1989/1990 ist vollständig erschlossen. 16 Kreisverbände sind mit ihrer Überlieferung nicht im ADCP vorhanden.

Die aktuellen Findmittel zu den Landes- und Bezirksverbänden sind bereits in der Online-Version des ADCP (www.kas.de) verfügbar. 124 Findmittel zur Überlieferung der Kreisverbände sind in Vorbereitung.

Die Akten sowie die Bibliothek der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“, Schloss Burgscheidungen, sind nunmehr auch im ADCP integriert (Akten der Zentralen Schulungsstätte: Lehrgangsakten; Verwaltungsakten; Schulungsmaterialien wie Pressesammlung, Broschüren, Reden auf Parteitag der CDU, Auswertungen von Hauptvorstandssitzungen). Die umfangreiche Bibliothek der CDU wurde mit den Beständen der Berliner Bibliothek der CDU vereinigt und in den Gesamtbestand der Bibliothek des ADCP aufgenommen. Die Publikationsreihe der *Hefte aus Burgscheidungen* (1958 bis 1989 erschienen) ist im Volltext online recherchierbar.

Kurt Metschies

¹⁸ So u. a. von Sabine Bergmann-Pohl, Georg Dertinger, Günter Wirth – vgl.: Die Bestände des Archivs für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung. Kurzübersicht, 5. aktualisierte Aufl., hrsg. v. Günter Buchstab, St. Augustin 2004, XXIII, 528 S., 56 S. Register. ISBN 3-933714-97-4, S. 25, 65, 413/414. Vgl. auch unter www.kas.de.

¹⁹ Zur Biografie siehe Helmut Müller-Enbergs/Jan Wielgoths/Dieter Hoffmann/Andreas Herbst /Ingrid Kirschey-Feix (Hrsg.): Wer war Wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biografien, 5. aktualisierte u. erweiterte Neuauflage, Ch. Links Verlag, Berlin 2011, Bd. 2, S. 972/973.

²⁰ Konrad Kühne, a.a.O., S. 323/324.

Tagungen und Konferenzen

26. Sitzung des Kuratoriums der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv am 26. April 2016

Die Sitzung wurde von Ministerialdirigent Ansgar Hollah, dem neu berufenen Vorsitzenden des Kuratoriums, eröffnet. Er folgt dem in Ruhestand getretenen Ministerialdirigenten Dr. Michael Royk.

Im Jahresbericht informierte Direktorin Dr. Simone Walther-von Jena¹ über die weitere Erschließung der Archivbestände und Nachlässe, die Bestands- und Benutzungsentwicklung von Archiv und Bibliothek, die Publikations- und Öffentlichkeitsarbeit sowie die Personalentwicklung. Die Archivbestände umfassen zurzeit 24.700 lfm., die Bibliotheksbestände etwa 1,7 Mio. Bände; 1,5 Mio. sind inzwischen erschlossen, davon 643.000 online.

In der Diskussion wurden die Fortschritte gewürdigt und Auskünfte zu einigen Bereichen der Stiftungsarbeit eingeholt. Schwerpunkt bildete eine künftige Eingliederung der BStU (Bundesbehörde für Stasi-Unterlagen). Hierüber informierten der Präsident des Bundesarchivs Dr. Michael Hollmann und Prof. Dr. Manfred Wilke, beide Mitglieder in der Expertenkommission.

Die Spezifik des Bestandes der BStU gestatte keine Vermischung im Bundesarchiv, sondern erfordere eine besondere Organisationsform. Das sogenannte Jedermannrecht auf freie Einsicht nach Ablauf der Sperrfristen träfe auf diese datengeschützten Bestände nicht zu. Künftige Entscheidungen obliegen der Bundesregierung und dem Bundestag. Im Unterschied gelte für die SAPMO, dass der Alltagsgeschichte mehr Aufmerksamkeit gebühre, da es sich bei der DDR-Geschichte um ein nicht ausgeforschtes Thema handle.

Dr. Rainer Jacobs demonstrierte die Möglichkeiten künftiger Recherchen mit dem Programm BASYS-Invenio als digitale Zukunft im Archivwesen. Die Recherche-Plattform ARGUS steht weiterhin zur Verfügung.

Vor einem Rundgang über das Gelände informierte der Präsident des Bundesarchivs über den Stand des Baugeschehens. Er verwies auf die dem baulichen Zustand der Altgebäude geschuldeten Verzögerungen. Durch den Aus- und Neubau werden sich die Kapazitäten der Magazine sowie die Bedingungen für Mitarbeiter und Nutzer verbessern. Zugleich könnten künftig die Archivbestände im Außenlager Hoppegarten und sowie die der ehemaligen Treuhand-Anstalt in Berlin-Lichterfelde untergebracht werden.

Alle erforderlichen Beschlüsse wurden einstimmig gefasst.

Horst Singer

¹ Siehe Bericht über die Außerordentliche Sitzung des Kuratoriums vom 29. November 2015. In: MFK, Nr. 49/2016, S. 35/36.

Workshop in Kiel: „Der Kieler Matrosenaufstand in der Revolution 1918. Epizentrum eines politischen Umbruchs?“

Das Kieler Stadt- und Schifffahrtsmuseum plant eine große Sonderausstellung zum 100. Jahrestag des Kieler Matrosenaufstandes, die auch die Wirkung des lokalen Ereignisses auf andere Zentren der Revolution verdeutlichen soll. Im Vorfeld luden das Museum und die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel zum 3. – 5. März 2016 zu einem Fachworkshop ein, der revolutionsgeschichtliche Erkenntnisse zusammentragen sollte, die den Autoren und Gestaltern der Ausstellung konzeptionelle Anregungen für das ambitionierte Vorhaben vermitteln. Die Tagung war durch das Amt für Kultur und Weiterbildung der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt und die Bremer Agentur „Retrospektive – Historische Forschung und Kommunikation“ vorzüglich organisiert.

Ca. 50 Historiker und Museologen waren der Einladung gefolgt. 18 Referentinnen und Referenten aus Deutschland, den USA, Großbritannien und Irland behandelten allgemeine und spezifische Aspekte der Revolutionsgeschichte an Brennpunkten des Geschehens. Neben Beiträgen zu allgemeinen Problemen der Revolutionsgeschichte und der Revolutionshistoriografie (Julian Aulke, Alexander Gallus, Jörn Leonhard, Wolfgang Nieß, Klaus Weinbauer) thematisierten die meisten Referate die Ereignisse in Kiel (Oliver Auge, Mark Jones, Knut Kollex, Martin Rackwitz, Jann Martin Witt), Wilhelmshaven (Stephan Huck, Jann Martin Witt) und Hamburg (Volker Stalman). Referate über andere Zentren des revolutionären Geschehens wie Berlin (Florian Altenhörner, Axel Weipert), München (Georg Köglmeier) und Bremen (Gerhard Engel) lenkten den Blick auf die Rolle der revolutionären Matrosen während der Revolutionswochen in anderen Ballungszentren des Reiches.

Starke Aufmerksamkeit fanden auch die speziellen Beiträge zur Rolle der Frauen in der Revolution (Kathleen Canning, Ingrid Sharp), auch wenn sie nicht auf die Rolle der revolutionären Matrosen bezogen werden konnten.

Der Ausstellung im Kieler Schifffahrtsmuseums in der historischen Fischhalle an der Kieler Förde darf mit Spannung entgegengesehen werden, zumal es noch selten ist, dass sich eine bundesdeutsche Landeshauptstadt offiziell der Geschichte der deutschen Revolution 1918/19 annimmt und sie als inhärenten Bestandteil ihrer historischen Tradition aufgreift.

Gerhard Engel

Gewerkschaften, Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus (Wuppertal, 4. und 5. Dezember 2015)

Die genannte Konferenz wollte eine Bestandsaufnahme der historischen Forschung zu „Verfolgung, Widerstand und Anpassung“ der Arbeiterbewegung zur Zeit des NS leisten. Gleichzeitig sollte danach gefragt werden, welche Bedeutung dieser Themenkomplex für das Selbstverständnis der Gewerkschaften nach 1945 hatte. Das Verhalten der Gewerkschaften in der ersten Hälfte des Jahres 1933 erwies sich als zentraler Dreh- und Angelpunkt der Debatten.

Der Eröffnungsvortrag von Michael Schneider betonte unter dem Titel „Integriert? Arbeiter und Arbeiterbewegung im Nationalsozialismus“ zunächst die Angebote, die der NS-Staat dem gewerkschaftlichen Milieu machte, unter anderem symbolische Anerkennung durch staatliche 1. Mai-Feiern oder die Rede von „Volksgenossen“. Brutale Repression war die Kehrseite dieser Integrationsversuche. Schneider stellte fest, dass demgegenüber großes Beharrungsvermögen bewiesen wurde – ablesbar etwa in den fortlaufenden Wahlsiegen freigewerkschaftlicher KandidatInnen bei den Wahlen zu Betriebsräten und Vertrauensleuten. Aber entschiedener Widerstand, zumal bewaffneter, sei trotz des bald allgegenwärtigen Staatsterrors marginal gewesen. Die These von Schneider, für weiteren Widerstand hätte es „organisatorische Kerne mit Öffentlichkeitsfunktion“ gebraucht, bleibt allerdings meines Erachtens in den historischen Diskursen gefangen.

Eine Podiumsdiskussion trug anschließend die verstreuten Aktivitäten gewerkschaftlichen Widerstandes zusammen – verwunderlich, dass es keinen entsprechenden Überblick zu geben scheint. Willy Buschak berichtete von einem Generalstreikplan für den 5. März 1933, was von Siegfried Mielke mit dem Hinweis auf ein Netzwerk von Eisenbahnern mit ähnlichen Plänen ergänzt wurde. Stephan Stracke wies auf etliche auf Konfrontationen vorbereitete (bewaffnete) Belegschaften im Wuppertaler Raum hin. In Berlin hätten sich einige Tausend auf Aufruf der RGO nach der Machtübergabe zu Protestaktionen versammelt, was von Stefan Heinz als geringe Beteiligung eingeschätzt wurde. Im innerdeutschen Vergleich jedoch scheint dies viel gewesen zu sein, denn dominant war der Anpassungskurs der Gewerkschaftsleitungen. Die Diskussion um die Gründe dafür scheint noch nicht sehr weit fortgeschritten zu sein.

In einer öffentlichen Abendveranstaltung äußerte sich der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann zu „Erinnerungspolitik und Nationalsozialismus aus Sicht der Gewerkschaften“. Letztere wollten die Arbeit der Geschichtswissenschaft nicht ersetzen, sondern ihre Ergebnisse – wie etwa die Arbeit von Stephan Stracke zu den Wuppertaler Gewerkschaftsprozessen – als Anregungen und Ermutigung zur Differenzierung begreifen, so Hoffmann. Dass einem Vorsitzenden des DGB qua Funktion Geschichtspolitik näher ist als wissenschaftliche Diffe-

renzierung, bewies der weitere Verlauf der Rede, in der Wilhelm Leuschner als leuchtender Märtyrer erschien, der im Angesicht seiner Hinrichtung offensichtlich die Schaffung des DGBs in seiner heutigen Form als Vermächtnis hinterlassen hat.

Detlev Brunner konnte die von ihm untersuchten Funktionäre (darunter Lothar Erdmann, Franz Josef Furtwängler und viele weitere) hinsichtlich der Frage „Überläufer?“ in ihren Widersprüchlichkeiten beleuchten – und selten war die Diagnose so eindeutig wie im Fall von Hermann Seelbach (Gewerkschaftsschule Bernau). Bedenkenswert ist die These Brunners, dass eine hohe Staatsaffirmation und Ideen von „Hingabe an das Ganze“ (Leipart, 1932) in den Gewerkschaften schon vor 1933 angelegt waren.

Kristina Meyer veranschaulichte entlang der Biografie von Ludwig Linsert (DMV, ISK, Haft, Strafbataillon 999, später SPD) die gesellschaftlichen Dynamiken, die die Vergangenheitsbearbeitung auch der Gewerkschaften beeinflussten. Gregor Kritidis gab einen Einblick in das Wirken des „Zehnerkeises“ in der BRD, den er als „oppositionelle Kraft“ innerhalb von SPD und DGB charakterisierte, und der sich ausschließlich aus entschiedenen Gegnern des NS zusammensetzte.

In einer abschließenden Podiumsdiskussion, die von Wolfgang Uellenberg-van Dawen (ver.di), Chaja Boebel (IG Metall Bildungszentrum Berlin) und Egbert Biermann (IG BCE) bestritten wurde, stand im Mittelpunkt die Frage nach dem „Vergangenheitsbewusstsein“ der Gewerkschaften heute. Dabei zeigte sich das breite Spektrum, in dem Geschichte seitens der Gewerkschaften verhandelt wird. Allerdings – so der Eindruck – fast ausschließlich auf Eigeninitiative von Einzelpersonen und ohne größere institutionelle Rückendeckung.

So wurde in Wuppertal offenkundig, dass die wissenschaftliche wie auch die politische Diskussion über das Tagungsthema durchaus ausbaufähig ist. Die Konferenz könnte ein möglicher Anfang dazu gewesen sein.

*Uwe Fuhrmann*¹

¹ Uwe Fuhrmann verteidigte im 20. Januar 2016 an der Freien Universität Berlin, Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften / Friedrich-Meinecke-Institut seine Dissertation. Die Schrift wird zum Jahreswechsel unter dem Titel *Die Entstehung der "Sozialen Marktwirtschaft" 1948/49. Eine historische Dispositivanalyse* im Universitätsverlag Konstanz in Buchform erscheinen.

Neues aus der Forschung

Promotion:

„Der Hut des Ingenieurs“ und „die Mütze des Arbeiters“. Schiffbauindustrie und Werftarbeiterschaft in Bremen (1914-1924)¹

In den letzten Tagen des Januar 1920, einige Monate nach der Wiedereinführung des Akkords auf den Schiffswerften, beriefen die Arbeiter der Bordmontage und die Maschinenschlosser der AG „Weser“, der wichtigsten Werft in Bremen, Abteilungsversammlungen ein und unterbrachen so für einige Stunden die Arbeit. Ein besonders umtriebiger Informant der Polizei erhielt den Auftrag, an der Versammlung teilzunehmen und detailliert zu berichten, was die Arbeiter sagen würden. Die Branchenleiter der Maschinenschlosser unterbreiteten der Versammlung den Vorschlag, eine Kontrollkommission einzurichten, welche die Art und Weise, wie die Arbeiter im Akkord arbeiteten, überwachen sollte. Tatsächlich, so beschwerten sich die Delegierten, gab es seit einiger Zeit Arbeiter, die zu schnell arbeiteten, und das hätte mittelfristig eine Herabsetzung der Tarife nach unten bedeuten können. Der Vorschlag wurde angenommen: Die Kommission sollte kollektiv die Akkordüberschüsse mit den Werkmeistern der Bordmontage aushandeln und darüber wachen, dass niemand die Arbeit vorzeitig abschloss, sofern dies geschehe, schließt der Bericht, „müssen die Verantwortlichen gebrandmarkt werden“.²

Wenn es möglich wäre, die Schlussfolgerungen der Forschung in einem einzigen Standbild wiederzugeben, würde die oben erwähnten Arbeiterversammlung sich am ehesten dafür eignen. Besonders deshalb, weil sich in dem Bericht des Polizeiinformanten, der uns erhalten ist, alle Leitlinien der Analyse, die die Untersuchung durchzogen haben, und die unlösbar miteinander verbunden sind, wiederfinden. Die polyzentrische Arbeitsorganisation zeigt sich bezeichnenderweise in der zentrifugalen Gliederung nach Abteilungen und in den Anspielungen auf die autonome Position der Arbeiter bei der Ausführung der Montagearbeiten. Auf filigrane Weise lässt sich auch das Thema der Disziplin wahrnehmen – und seiner Lohnimplikationen – gestützt auf der Figur des Werkmeisters. An erster Stelle gibt es weiterhin das Thema des Lohnes und des Akkords, besonders in seinen technischen Aspekten als

¹ Die Dissertation *Il „berretto dell'operaio“ e il „cappello dell'ingegnere“*. Organizzazione del lavoro, direzioni aziendali e operai di mestiere nei cantieri navali di Brema 1914-1924 (Betreuer: Prof. Claudio Natoli, Prof. Jörg Wollenberg) wurde an der Universität von Cagliari am 29. Mai 2015 verteidigt. Der Autor bedankt sich bei den beiden Doktorvätern und bei Dr. Dr. Karl Heinz Roth für ihre wertvolle Unterstützung und ihre ständige Verfügbarkeit.

² StAB [Staatsarchiv Bremen] 4,65-675 - AG „Weser“ Aug. 1919 Apr. 1920, Bl. 157.

Herabsetzung der Tarife und in seiner Bedeutung für die Organisationsformen der Arbeiter und insbesondere der Abteilungskommissionen, die sich als demokratische Arbeiterorganisation darstellen, lebendig und in ständiger Osmose mit der eigenen Basis. Außerdem tritt deutlich die Kraft des solidarischen Ethos in der egalitären Herangehensweise an das Thema des Akkords hervor. Im Innern des konkreten Fabrikslebens stand besonders die Auseinandersetzung in Sachen Lohn, Disziplin, Arbeitsrhythmen – das Gerinnungselement für die Organisation der Arbeiter. In Bremen, aber in vergleichbarer Weise auch im gesamten deutschen Schiffbau, waren die Arbeiterausschüsse die grundlegende Zelle und das primäre Subjekt der „technischen Konflikthaftigkeit“³. Der Prozess der Arbeiterzusammenfassung auf den Werften zog seinen Impuls aus der Initiative der Unternehmer für die Intensivierung der Arbeitsrhythmen, über den Hebel des Lohns und der Disziplin und aus dem entgegengesetzten Bedürfnis der Arbeiter nach Verteidigung der Einkommensstandards. Die Genesis der Vertretungsstrukturen der Arbeiter bestätigt diese Tendenz: Tatsächlich auf Abteilungsebene geboren, dort, wo sich die technischen Probleme am dringendsten und unmittelbarsten gestalteten, unter Einbeziehung unterschiedlicher Berufsgruppen, tendierten diese dazu, sich in Momenten der Radikalisierung der Auseinandersetzung zu vereinen, unter den Vorzeichen einer deutlicheren Politisierung, insbesondere ausgehend von der Parole der Arbeiterkontrolle über die Produktionsprozesse.

Das primäre methodische Problem, das dieser Untersuchung zugrunde liegt, ist daher eng mit dem Produktionssystem der modernen Fabrik verbunden: Tatsächlich wird oft dazu tendiert, verbunden mit einer gewissen Abstraktheit, den hervorstechendsten Wesenszug des Industriekapitalismus mit besonderen Aspekten desselben zu identifizieren (die Rolle der Direktion, Arbeitsteilung, technische Entwicklung, Lohnstruktur, Arbeitsmarkt, Organisationsformen der Arbeiterklasse). Das Ziel dieser Untersuchung bestand hingegen darin, diese Elemente in ihrer organischen und dialektischen Wechselbeziehung zu analysieren.

Im Bewusstsein der Unvollständigkeit dieser Aufteilung wurde versucht, die Entwicklung der Produktivkräfte und der Formen der Subjektivität und der Konflikthaftigkeit der Arbeiter entlang einiger Themenpunkte zu analysieren: die Konsolidierung der Rolle der Unternehmensleitung als richtungsweisendes Organ bei der Vergesellschaftung der Arbeit, die Fabrikdisziplin als Instrument zur Herstellung einer Übereinstimmung zwischen dem Einsatz der Arbeitskraft und den Bedürfnissen des Produktionsprozesses, die Rationalisierung als Zusammenspiel der Transformation der Professionalität, der Berufe und des Verhältnisses zwischen Planung und Ausführung, die Formen und Strukturen

³ Antonio Gramsci: Ai commissari di reparto delle Officine Fiat Centro e brevetti. In: L'Ordine Nuovo, 13 settembre 1919.

des Lohns unter dem doppelten Gesichtspunkt des Preises der Arbeit und als primärer Konfliktpunkt in der Fabrik.

Eine letzte Warte ist diejenige der Organisationsformen der Werftarbeiterschaft. Insbesondere bei dem Versuch, die Organisationsformen und Konfliktpraktiken in ständiger Verbindung mit den anderen drei vorhergehenden Themenpunkten zu analysieren, wurde versucht herauszuarbeiten, wie sich im chronologischen Verlauf, spiegelbildlich zu den Anweisungen der Direktion, eine alternative Fabrik unter der kollektiven Kontrolle der Arbeiter und Techniker als Gegenmacht entwickelte, getragen von der Kraft und Originalität der fortgeschrittensten Teile des Industrieproletariats.

Der wichtigste Aspekt und derjenige, der am besten die Kontinuität der Produktivkräfte im Schiffbau charakterisiert, ist die andauernde Zentralität des Facharbeiters im Produktionszyklus der Werftindustrie, mit den zahlreichen daraus folgenden Auswirkungen auf die Inhalte und Formen des betrieblichen Konfliktes und auf die Vertretungsstrukturen.

Der Hauptproblempunkt, in diesem Sinne, der den gesamten behandelten chronologischen Entwicklungsbogen durchzieht, wird in der beständigen Auseinandersetzung zwischen der Kommandomacht und Leitung des Unternehmensmanagements und der Erfahrung und Fertigkeit der Facharbeiter in der konkreten Organisation des Produktionszyklus untersucht, womit wir zum Titel der Dissertation zurückkehren, zwischen dem Hut des Ingenieurs und der Mütze des Arbeiters. Ein solcher Trend scheint sowohl den aufsteigenden Kampfzyklus der Arbeiter zu betreffen, wo die egalitären und solidarischen Tendenzen und der Drang, die Inhalte der Selbstverwaltung der Arbeit zu bestätigen, am stärksten sind, als auch die Phasen der Gegenoffensive der Unternehmensleitung, die auf die Wiederherstellung des Ermessensspielraums und der Einheit des Kommandos von Seiten des Unternehmens gerichtet sind. Dies zeigt sich in vollem Licht bei der Analyse der Lohnstruktur und vor allem bei der Rolle des Akkords und der Fabrikordnung, die darauf ausgerichtet sind, die Einkommen an vorher festgelegte Arbeitsleistungen zu binden und den kontinuierlichen Einsatz der Arbeitskraft zu disziplinieren.

Die Konflikthaftigkeit wurde nicht in isolierten ökonomischen Streitfällen ausgetragen, sondern bildete den Hebel um zu einer umfassenderen Kenntnis der Mechanismen der Unterordnung und Ausbeutung zu gelangen.

Nach den Vorgaben Gramscis benötigt daher die Untersuchung des Verhältnisses von Produktion und Politik, ihres organischen Austauschs, zunächst eine Konzentration auf die Fabrik.⁴ Ohne eine vorhergehende Analyse der konkreten Fabrikrealität und der deformierenden Prismen, die auf diese projiziert werden, riskiert der Historiker sich wie ein Besucher vom Land zu bewegen, um erneut ein passendes Bild Gramscis zu verwenden, der eine

⁴ Antonio Gramsci: *Produzione e politica*. In: *L'Ordine Nuovo*, 24 gennaio 1920.

große Werkstatt betritt und sich zwischen keck und ängstlich in das Getöse und die Bewegung der großen Maschinen vorwagt.⁵

Die Pluralität der behandelten Aspekte machte eine Auseinandersetzung mit einer breiten Gruppe von Quellen notwendig. Aus Platzgründen wird sich hier auf drei für die Arbeit sehr wichtige Dokumententypen beschränkt: an erster Stelle die Unternehmensquellen der AG „Weser“ und der Bremer Vulkan AG, die jeweils im Historischen Archiv Krupp (Essen) und im Staatsarchiv Bremen aufbewahrt sind. Besondere Aufmerksamkeit wurde den Dokumenten bezüglich der Einstufung der Belegschaft nach Berufsgruppen gewidmet, den Arbeitsverträgen, der Fabrikordnung, den Lohn- und Gehaltslisten, den Protokollen der Direktion, was zu großen Teilen eine organische Lesart der Fabrikrealität stimuliert hat. Parallel dazu wurde mit Dokumenten der Nachrichtenstelle der Polizei gearbeitet. Diese werden im Staatsarchiv Bremen aufbewahrt. Die Dokumente bezüglich der öffentlichen Ordnung und die Berichte der Informanten und der Polizei über Streiks, Konflikte in der Fabrik und die Spannungen innerhalb der Arbeiterbewegung waren besonders wichtig, um das Spektrum der Formen der Konflikthaftigkeit in der Fabrik und der Arbeiterorganisation rekonstruieren zu können.

*Antonio Farina*⁶

Promotionsprojekt:

Streik-Solidarität in Schweden, Deutschland und Großbritannien (1969 bis 1989)

Am 12.01.1970 machte der 80 Jahre alte Schwede Rudolf Mamsten eine Spende. Er zahlte 15 Kronen bei der Post in Malmköping ein und füllte einen Postanweisungsschein (postanvisning) zugunsten des Kontos 65360 aus. Der Abriss-Streifen, der neben Namen und Heimatort des Absenders auch eine Betreffzeile enthielt, ging an die Empfänger. Das Konto 65360 war Mitte Dezember vom Streikkomitee der Minenarbeiter in der nordschwedischen Provinz Norrbotten eingerichtet worden.

Was war passiert? Am 12.12.1969 hatten Arbeiter der Frühschicht der staatlichen Grubengesellschaft L.K.A.B. (Luossavaara-Kiirunavaara Aktiebolag) in Svappavaara beschlossen, die Arbeit zu verweigern. Schnell folgten die Belegschaften der Erz-Gruben in Kiruna, Luleå und Malmberget. Der Streik zog

⁵ Antonio Gramsci: Il rivoluzionario qualificato. In: L'Ordine Nuovo, 20 dicembre 1919.

⁶ Die Übersetzung des Beitrags aus dem Italienischen besorgte Dietmar Lange.

Zur behandelten Thematik siehe auch Antonio Farina: Produktionsverhältnisse und sozialer Konflikt in den Bremer Werften zwischen dem Ersten Weltkrieg und der Räterepublik (1914-1919). In: Sozial.Geschichte Online, 12 /2013, S. 8-39.

sich über zwei Monate hin und entfachte eine breite gesellschaftliche Debatte um Mitbestimmung im Betrieb, aber auch um Arbeitsbedingungen bei fortschreitender Technisierung und das Verhältnis von Mensch und Maschine.

Den wenige Zentimeter breiten Abriss-Streifen seines Postanweisungsscheins hatte Rudolf Mamsten vorder- und rückseitig eng beschrieben. Die Betreffzeile reiche ihm nicht aus. Folgendes hatte der Rentner dem Streikkomitee mitzuteilen: „Ich bewundere diesen gerechten Kampf. Die Herren in der L.O. (der schwedische Gewerkschaftsbund, Anm. der Verf.) und der L.K.A.B. haben eine Lektion verdient, die sie so schnell nicht wieder vergessen werden. Hütet euch vor den aufgeblasenen Oberen. Herzliche Grüße an die kämpfenden Grubenarbeiter von einem wachen 80-jährigen.“

Rudolf Mamstens Grüße sind aufbewahrt, sie stecken in einer unscheinbaren Kiste in einem Regionalarchiv bei Luleå (Folkrörelsernas Arkiv i Norrbotten), zusammen mit knapp 50 000 weiteren Abriss-Streifen von Postanweisungen an das Konto des Streikkomitees. Diese Nachrichten an die Minenarbeiter in Norrbotten geben einen umfassenden Einblick in die Motive derjenigen, die sich in großer Zahl im Verlauf dieser Auseinandersetzung auf die Seite der Streikenden stellten. Dies ist auch insofern bemerkenswert, als dass es sich um einen „wilden“, also formal illegalen Streik handelte. Gerade für diesen Streik aber, der nicht auf die gewerkschaftlichen Streikkassen zurückgreifen konnte und daher auf Spenden angewiesen war, waren viele Menschen bereit, etwas zu geben und an ihrem Arbeitsplatz oder in der Nachbarschaft Sammlungen durchzuführen, wie ebenfalls dokumentiert ist. Die beachtliche Ressourcenmobilisierung aus der Bevölkerung entging auch (west)deutschen Medien nicht. So staunte man im Januar 1970 im „Spiegel“, dass auf einem „Streikkonto des Komitees Spenden aus Schweden und den nordischen Nachbarländern, die auf ein paar Millionen Mark geschätzt werden“ eingegangen seien und „viele schwedische Kirchengemeinden [...] die Kollekte des 4. Adventssonntags nach Kiruna“¹ schickten.

Für meine Dissertation, die sich mit „Aushandlungsprozessen und Strukturen im Umfeld europäischer Streikbewegungen“ zwischen 1969 und 1989 beschäftigt, geben unter anderen diese Quellen Aufschluss über Gründe, Funktionsweise und Auswirkungen von Streik-Solidarität.

Der in Schweden „Stora Gruvstrejken“ genannte Ausstand ist außerhalb Nordeuropas weitgehend unbekannt. Für die Zeitgeschichte Schwedens ist er bis heute ein wichtiges Datum. Schweden – gerade das der 1960er Jahre – galt und gilt als Modell für einen erfolgreichen Wohlfahrtsstaat. Und die Grubengesellschaft L.K.A.B. wiederum galt der regierenden Sozialdemokratischen Partei (SAP) und besonders dem 1969 gerade ins Amt gekommenen Ministerpräsidenten Olof Palme als Vorzeigeprojekt.

¹ Konzern verfemt. In: Der Spiegel 1/1970, S. 66.

Ein Teil des Nachlasses von Olof Palme liegt im Archiv der Arbeiterbewegung (Arbetarrörelsens arkiv) in Stockholm. Anhand dieser Akten und den ebenfalls dort archivierten Akten des Gewerkschaftsdachverbandes L.O. (Landesorganisationen i Sverige) lässt sich nachvollziehen, wie der „wilde“ Streik im Norden des Landes in die Führung der Gewerkschaften und bis ins höchste Regierungsamt hineinwirkte.

„Streiks erfordern Mut und Konfliktbereitschaft. Das persönliche Engagement der Streikenden ist dabei umso größer, je weniger Arbeitsniederlegungen lediglich als Ritual im Rahmen von Verhandlungsroutinen wahrgenommen werden.“² Diese Beobachtung des Gewerkschaftsforschers Heiner Dribbusch lässt sich – so eine meiner Hypothesen – auch auf Streik-Solidaritätsbewegungen übertragen. Unter bestimmten Umständen können gerade nicht-normierte Sozialkonflikte wie „wilde“, aber z. B. auch sehr lang und konfrontativ geführte Streiks, ein hohes Maß an praktischer und symbolischer Solidarität erzeugen. Einher gehen solche Konflikte häufig mit einer öffentlichen Polarisierung um die Frage der Rechtmäßigkeit der Forderungen und Aktionsformen der Streikenden. Dabei werden Demokratie und Arbeit zur diskursiven Verhandlungsmasse. Es geht dann schnell um mehr, als den eigentlichen Streik-Anlass.

Ziel meines Dissertationsvorhabens ist es, solche Prozesse zu beschreiben und zu vergleichen. Ich tue dies anhand von vier Streikbewegungen aus drei Ländern: der Bundesrepublik Deutschland (Ford Köln 1973, Krupp Duisburg-Rheinhausen 1987/88), Großbritannien (Miners' Strike 1984/85) und – natürlich – Schweden (Stora Gruvstrejken 1969/70).

In allen der vier von mir untersuchten Streikbewegungen ist es zu engen Kooperationen von Streikenden und Streik-Unterstützern gekommen. Solidaritätsnetzwerke, Nachbarschaftsinitiativen usw. halfen nicht nur den Streikenden, sondern griffen auch aktiv in die politischen Debatten ein, die in der Öffentlichkeit um die Streiks (und zum Teil, wie im Fall des Kölner Ford-Streiks, auch danach) geführt wurden. Ich untersuche, wie Arbeit und Demokratie im Verlauf dieser Auseinandersetzungen konzeptualisiert wurden und inwiefern dies wiederum öffentliche Aushandlungsprozesse um Demokratie, Arbeit und Ökonomie beeinflusst hat.

Um auf das Beispiel der Postanweisungsscheine zurückzukommen: Tausende Spender schrieben an die Minenarbeiter, dass diese in ihren Augen die „Würde der Arbeit“ verteidigten, indem sie sich gegen ein als unmenschlich empfundenes Akkordsystem zur Wehr setzten. Tausende bezogen sich positiv auf die Forderung nach mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz, die von den Streikenden aufgestellt worden war. Über den Weg der Streik-Solidarität wur-

² Heiner Dribbusch: 60 Jahre Arbeitskampf in der Bundesrepublik. In: Reinhard Bispinck /Thorsten Schulten (Hrsg.): Zukunft der Tarifautonomie. 60 Jahre Tarifvertragsgesetz: Bilanz und Ausblick, VSA: Verlag, Hamburg 2010, S. 145-168, hier S. 165.

den diese Deutungen von „Arbeit“ und „Demokratie“ entwickelt und artikuliert – und zeigten auch Wirkung. Dem zweimonatigen Streik folgte eine ganze Reihe von arbeitnehmerfreundlichen Gesetzen in Schweden.

Mein Ziel ist es, einen Beitrag zur Geschichtsschreibung der westeuropäischen Arbeiterbewegung nach 1945 zu leisten und hier bisher vernachlässigte Akteure in den Fokus zu rücken. In der Arbeiterbewegungsgeschichte ist die Streikgeschichte ein Segment, das seit einigen Jahren auch im deutschsprachigen Raum wieder etwas mehr Interesse erhält.³ Dennoch wurden die von mir als Fallbeispiele ausgewählten Streikbewegungen zum Teil gar nicht (Rheinhausen-Konflikt, Stora Gruvstrejken), zum Teil noch lange nicht erschöpfend (Britischer Bergarbeiterstreik, Ford-Streik) erforscht. Zudem wurden bisher in der Historiografie Zusammenhänge zwischen Streiks, Streik-Solidarität und Auswirkungen auf Konzepte wie „Arbeit“ und „Demokratie“ nicht systematisch untersucht.

Neben den bereits erwähnten schwedischen Archiven – Folkrörelsernas Arkiv i Norrbotten und Arbetarrörelsens arkiv – hat mich die Doktorarbeit nach Bonn (Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, dort der Bestand der IG-Metall und der Nachlass eines Betriebsrates der Kölner Fordwerke) und Köln (DOMiD – Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e.V., die ebenfalls den Kölner Fordstreik von 1973 betreffende Akten besitzen) geführt.

In den schwedischen Archiven lässt sich mithilfe einer einfachen Schlagwortsuche der Bestand bewältigen. Die für mein Thema relevanten Akten sind zwar umfangreich, aber gleichzeitig noch zu überblicken. Dies gilt auch für das kleine, thematisch spezialisierte Archiv DOMiD in Köln.

Der erwähnte Bestand eines Kölner Betriebsrates, der im AdsD liegt, war zum Zeitpunkt meiner Arbeit an dem Bestand (Februar 2015) noch nicht verzeichnet.

Eine Herausforderung – unabhängig vom Thema – ist der IG-Metall-Bestand im AdsD. Aufgrund seines Volumens erfordert dieser eine intensive Einführung in die Findmittel vor Ort, eine Stichwortsuche in der Datenbank führt hier nicht sehr weit. Hat man sich jedoch einmal eingearbeitet, so erweist sich der Bestand als enorm ergiebig, für mich besonders zu dem Streik bei Ford in

³ Als Beispiele seien genannt Peter Birke: *Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark*, Campus Verlag, Frankfurt a. M. 2007 und Christian Koller: *Streikkultur. Performanzen und Diskurse des Arbeitskampfes im schweizerisch-österreichischen Vergleich (1860–1950)*, LIT Verlag, Münster 2009. Laufende Dissertationsprojekte sind u. a. das von Arne Hordt zu „Aufbruch in der Montanregion? - Nordostengland und das Ruhrgebiet in den 1980er Jahren“ an der Universität Tübingen und von Jens Beckmann über „Selbstverwaltung im Industriebetrieb: das Uhrenunternehmen LIP in Besançon in den 1970er und 1980er Jahren“ am Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF). Zu nennen sind auch die Beiträge aus dem Umfeld der „Jenaer Schule“ des Soziologieprofessors Klaus Dörre, hier z. B. die Arbeiten von PD Dr. Stefan Schmalz.

Köln und dem Rheinhausen-Konflikt. Aber auch zum britischen Bergarbeiterstreik und sogar zum schwedischen Beispiel bin ich dort fündig geworden.

In Großbritannien ist die Situation folgendermaßen: Da der britische Bergarbeiterstreik von 1984 sich über ein Jahr hinzog und zudem das ganze Land betraf, sind die Quellen auf viele verschiedene Archive – u. a. viele Regionalarchive – verteilt. Ich jedoch konzentriere mich für diesen Streik auf zwei Solidaritätsnetzwerke, die WAPC (Woman against Pit Closures) und die LGSM (Lesbians and Gays Support the Miners)⁴. Akten dieser Gruppen liegen auch (aber nicht ausschließlich) im Labour History Archive & Study Centre in Manchester, der Working Class Movement Library in Salford und der Women's Library an der Economic School der University of London.

*Nelli Tügel*⁵

Information

„Arbeit – Bewegung – Geschichte. Zeitschrift für historische Studien“, II/2016, 218 S., erschienen

Auch an der aktuellen Ausgabe des o.g. Fachjournals sind wiederum eine Reihe von Vereinsmitgliedern auf vielfältige Weise beteiligt. Ralf Hoffrogge, Bärbel Kontny, Dietmar Lange und Axel Weipert sind Mitglieder der Redaktion. Günter Benser vermittelt in einem der Hauptbeiträge eine Rückschau auf das fünfundzwanzigjährige erfolgreiche Wirken unseres Förderkreises aus der Sicht eines Mitbegründer, langjährigen Vorsitzenden und derzeitigen Schriftführers und Chronisten. Von Dietmar Lange ist ein Bericht über die erste Konferenz des European Labour History Network in Turin (Dezember 2015) und eine Rezension veröffentlicht. Weitere Rezensionen schrieben unsere Vereinsmitglieder Hartmut Henicke, Ralf Hoffrogge, Ingo Materna und Axel Weipert. Rainer Holze annotierte die Zeitschrift – sie widmet sich u. a. den Frauenprotesten in den slowenisch-sprachigen Regionen Österreich-Ungarns vor und im Ersten Weltkrieg, der Haltung der deutschen Sozialdemokratie bei der Entstehung des Bürgerlichen Gesetzbuches 1896, der Geschichte des DGB und dem Problemkreis Arbeit/Nichtarbeit auf der Südseeinsel Samoa (1890-1914) – wiederum im „nd“. Eine Annotation von Siegfried Prokop erschien in der „jungen Welt“.

Bestellung: veitl@metropol-verlag.de; Ansbacher Str. 70, 10777 Berlin.

⁴ Zu verweisen ist an dieser Stelle auch auf das Promotionsprojekt „The Miners' Strike and the Metropolis, 1984-5: Mapping Networks of Solidarity“ von Diarmaid Kelliher, PhD-Student an der School of Geographical and Earth Sciences, University of Glasgow.

⁵ Unser Vereinsmitglied Nelli Tügel ist Doktorandin an der Freien Universität Berlin, Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften / Friedrich-Meinecke-Institut.

Aus dem Vereinsleben

Protokoll der 25. Jahresversammlung

**des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V. am 21. 05. 2016, 12:30 – 14:00 im Gebäude 912 der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin-Lichterfelde, Finckensteinallee 63 – Kasino, Konferenzraum
1. Stock**

Tagesordnung:

1. Regularien

- 1.1 Eröffnung und Genehmigung der Tagesordnung
- 1.2 Bestätigung des Protokolls der 24. Jahresmitgliederversammlung

2. Berichte

- 2.1 Erläuterung des Geschäftsberichtes für 2015
- 2.2 Kassenbericht
- 2.3 Bericht der Kassenprüfer

3. Diskussion und Abstimmung über die Berichte

4. Schlusswort

Versammlungsleitung: Dagmar Goldbeck
Anwesend: 19 Mitglieder, 2 Gäste
Beginn: 12:30 Uhr

Zu 1.1

Die stellv. Vorsitzende Dagmar Goldbeck eröffnet die Sitzung. Für die in letzter Zeit verstorbenen Mitglieder wird eine Gedenkminute abgehalten.
Die heutige Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Zu 1.2

Das im Heft 48 vom September 2015 der „Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ abgedruckte Protokoll über die 24. Jahresmitgliederversammlung vom 25.04.2015 wird einstimmig bestätigt.

Zu 2.1

Der Vorsitzende Dr. Reiner Zilkenat erläutert und ergänzt den im Heft 49 (März 2016) der „Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ abgedruckten Geschäftsbericht für das Vereinsjahr 2015 und hebt dabei einige Punkte aus der Arbeit des Förderkreises als besonders positiv hervor:

Das Kolloquium zum 8. Mai 1945 hatte mit 80 Teilnehmer*innen einen großen Zuspruch. Der Tagungsband mit zusätzlichen Beiträgen erfuhr mehrere positive Rezensionen.

Der in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung entstehende Supplementband „Bewahren – Verbreiten – Aufklären. Archivare, Bibliothekare und Sammler der Quellen der deutschsprachigen Arbeiterbewegung“ ist auf dem besten Wege, bald gedruckt zu werden. Der Vorsitzende dankt Dagmar Goldbeck und Prof. Dr. Günter Benser, die den Hauptanteil der Arbeit getragen haben, für ihren intensiven Einsatz für dieses Projekt.

Die Festschrift „25 Jahre Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung 1991 - 2016“ ist fertig gestellt und wird an die Anwesenden verteilt. Der Vorsitzende dankt Marco Johne und Dr. Christa Kouschil vom Bodoni Verlag für die gute Gestaltung der Festschrift.

Die „Mitteilungen...“ haben eine neue Typographie bekommen, so dass das Heft leichter lesbar ist, aber nicht mehr so viel Text untergebracht werden kann. Es ist außerdem eine neue Anordnung der Rubriken erfolgt.

Kurt Metschies beendet mit dem September-Heft 2016, vor allem wegen des Rückgangs entsprechender Printpublikationen, seine wichtige, verdienstvolle Rubrik zu Übersichten über Bestände und Findbücher. Die beiden Redakteure Dr. Birgid Leske und Dr. Rainer Holze scheiden ebenfalls Ende des Jahres aus, sind jedoch bereit, Nachfolger*innen in der Einarbeitungsphase hilfreich zur Seite zu stehen. Der Vorsitzende spricht allen drei den Dank für ihre hervorragende langjährige Mitarbeit aus.

Für die zukünftige Redaktionsarbeit ab 2017 haben sich Dr. Elke Reuter und – erst einmal grundsätzlich – Dr. Alexander Amberger bereiterklärt.

Der Vorstand hat – teilweise auf einer ganztägigen Sondersitzung – einige Vorschläge zur Öffentlichkeitsarbeit entwickelt: a) Verbunden mit einzelnen Vorstandsmitgliedern sollen fachspezifische Beratungsangebote gemacht werden, auf der Website, im Schaukasten des Bundesarchivs, auf den Anschlagbrettern des Friedrich-Meinecke-Instituts und der Berliner Hochschulen sowie auf Flyern. b) Veranstaltungen zu aktuellen Themen, auch in Form von Streitgesprächen. c) Statt einer Erhöhung des mit 12 € sehr niedrigen Jahresbeitrages sollten die Mitglieder angesprochen werden, Spenden für die Realisierung von Projekten zu geben, wobei es sich um Veranstaltungen oder Publikationen handeln kann.

Zu 2.2

Dagmar Goldbeck trägt den von der entschuldigten Kassenwartin Elisabeth Ittershagen verfassten detaillierten Bericht für das Jahr 2015 über die Einnahmen und Ausgaben sowie über den Mitgliederstand des Förderkreises vor: Die Gesamteinnahme aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Verkauf des Mitteilungsblattes betrug € 1.573,89. Dem stehen Ausgaben von insgesamt € 1.334,43 gegenüber.

Der Kontostand des Förderkreises betrug am 31. Dezember 2015 € 3.104,59, der Kassen-Barbestand am 31.12.2015 € 338,17.

Die Zahl der Mitglieder betrug Anfang 2015 115 und Ende 2015 111.

Ein schriftlicher Kassenbericht liegt dem Protokoll bei.

Zu 2.3

Die Revisorin Bärbel Kontny erstattet den Bericht über die Kassenprüfung – auch im Namen der 2. Revisorin Sigrid Kleinschmidt. Die Unterlagen waren vollständig, wurden geprüft und für korrekt gefunden. Auch darüber liegt ein schriftlicher Bericht dem Protokoll bei.

Zu 3.

Dr. Rainer Holze betont die Wichtigkeit der Gewinnung von jungen Wissenschaftlern für den Förderkreis, was teilweise schon geglückt sei. Dr. Axel Weipert schlägt vor, sich für konkrete Aktivitäten um finanzielle Unterstützung bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu bemühen. Sigrid Kleinschmidt nennt dazu zusätzlich die Bundes- und Landeszentrale für politische Bildung, Dietmar Lange die Hans-Böckler-Stiftung.

Prof. Dr. Benser schildert Details der Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung am Supplementband „Bewahren – Verbreiten – Aufklären. Archivare, Bibliothekare und Sammler der deutschsprachigen Arbeiterbewegung“ und informiert über den aktuellen Stand des Projektes, von dem in absehbarer Zeit das gedruckte Ergebnis vorliegen müsste.

Marc Johne beschreibt kurz die Arbeit des Bodoni-Verlages und begrüßt die Vorschläge zur Aufrechterhaltung und Aktivierung der Förderkreis-Arbeit. Er bietet seine unentgeltliche fachkundige Unterstützung bei der Gestaltung von Werbematerialien an und schlägt die Bildung von Arbeitskreisen vor.

Prof. Dr. Adrian Piper regt an, die „Mitteilungen des Förderkreises ...“ als PDF-Dateien zu verschicken, um das dadurch gesparte Geld für Projekte einsetzen zu können. Hieran schließt sich eine lebhafte Diskussion mit Beiträgen von Dagmar Goldbeck, Eduard van der Wal, Ottokar Luban, Dr. Günter Wehner und Marc Johne an. Als Ergebnis schält sich heraus, dass die Mitglieder in einer Beilage zu dem nächsten gedruckten Mitteilungsheft angeschrieben werden sollten, ob sie das vollständige Heft zukünftig in Form einer PDF-Datei übermittelt bekommen möchten. Marc Johne regt an, in diesem Schreiben zusätzlich nach Vorschlägen für die Arbeit des Förderkreises zu fragen.

Auf Antrag von Dr. Eckhard Müller wird dem Vorstand, der Kassenwartin und den Revisorinnen einstimmig Entlastung erteilt.

Zu 4.

Der Vorsitzende Dr. Reiner Zilkenat schließt die Jahresmitgliederversammlung mit der Bemerkung, dass die Tendenz einer Abschaffung der Geschichte der Arbeiterbewegung in den Plänen der Bildungseinrichtungen zugenommen hat. Deshalb sei die Fortsetzung der Arbeit des Förderkreises mit seinen Aktivitäten von besonderer Bedeutung.

Ende: 14:00 Uhr

Dr. Reiner Zilkenat
Vorsitzender

Ottokar Luban
stellv. Schriftführer

Vor der Jahresmitgliederversammlung referierte **Prof. Dr. Günter Benser** in einer öffentlichen Veranstaltung um 10:00 Uhr über „**Die Gründung der SED in heutiger Sicht**“, woran sich eine Diskussion anschloss. Das ursprünglich vorgesehene Referat von Prof. Dr. Peter Brandt musste wegen Erkrankung des Referenten ausfallen.

Autorreferat:

Für das Thema dieses Vortrags, der wegen der bedauerlichen Verhinderung des ursprünglich vorgesehenen Referenten Prof. Dr. Peter Brandt kurzfristig ins Programm aufgenommen wurde, sprechen drei Gründe: 1. weil sich ein Verein, der „deutsche Arbeiterbewegung“ in seinem Wappen führt, mit einem derartig herausragenden Ereignis ihrer Geschichte wie der Gründung der SED befassen darf, 2. weil die Bewahrung des wertvollen Archivs und der bedeutenden Bibliothek der SED den wesentlichen Anstoß für die Gründung unseres Förderkreises bildete, 3. weil eine umfangreiche ungedruckte und gedruckte Überlieferung zu diesen Geschehnissen existiert.

Beim Umgang mit dem kontrovers und meist politisch aufgeladenen debattierten Zusammenschluss von KPD und SPD in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands sollte die Mahnung Willy Brandts aus dem Jahre 1986 endlich beachtet werden: „Nichts wäre erfreulicher, als wenn auch hier nicht alle Schlachten immer neu geschlagen werden müssten.“¹ Mit der Neuvereinigung Deutschlands war allerdings in den neunziger Jahren genau das Gegenteil eingetreten. Deshalb ist Ausgangspunkt meines Vortrages eine generelle Betrachtung des Einheitspartei-Projektes, seiner Berechtigung, seiner Chancen und der Schwierigkeiten seiner Realisierung. Denn die weitverbreitete zeitgenössische Vorstellung von einer mehr oder weniger homogenen, einheitlichen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen naturgemäß erheischenden Arbeiterklasse ist nicht aufrechtzuerhalten.

Der Vortrag beschäftigt sich vor allem mit den gravierenden Entscheidungssituationen und Differenzpunkten im Prozess des Zusammenschlusses von KPD und SPD, als da sind: sofortige Einheitspartei oder Annäherung über Aktionseinheit, das Spannungsverhältnis zwischen drei Führungszentren (Zentralkomitee der KPD, Zentralausschuss der SPD, Büro der Westzonen), das Umschalten der KPD-Führung von der Aktionseinheit auf den Kurs zu einer forcierten Vereinigung, programmatische und statutarische Grundlagen der Einheitspartei und Procedere der Vereinigung, die Berliner Urabstimmung. Schwierig zu beantworten bleibt die Frage, ob die SED-Gründung nur das taktisch ausgeklügelte Präludium für die künftige marxistisch-leninistische Partei neuen Typs Stalinscher Prägung war, oder ob der Bruch mit dem Gründungskonsens der Einheitspartei wesentlich aus der Eskalation des kalten Krieges

¹ Willy Brandt: Die SPD in der deutschen Geschichte. In: Susanne Miller/Malte Ristau (Hrsg.): Erben deutscher Geschichte. DDR –BRD: Protokoll einer historischen Begegnung, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg 1988, S. 17.

zu erklären ist, was allerdings auch den Ambitionen eines Teils kommunistischer Altkader entsprach. Meines Erachtens spricht viel für die zweitgenannte Version.

Zu entscheiden ist nicht, ob es sich um Zwangsvereinigung oder um Einheitsdrang handelte, sondern in welchem Verhältnis politische Einsicht, Freiwilligkeit und Zwang zueinander standen. Der Vortrag verweist auf ein breites Spektrum von Motivationen und Optionen, mit denen die Hunderttausende unmittelbar involvierten Menschen – weit über die traditionelle Mitgliedschaft von KPD und SPD hinausgehend – ihre Entscheidungen getroffen haben. Vor der Reduktion auf bloße „Zwangsvereinigung“ wird deshalb gewarnt, weil damit wesentliche Aspekte der historischen Situation und des tatsächlichen Geschehens ausgeblendet oder entstellt und Blicke in die Zukunft verstellt werden.

Ein Lehrstück für die Gegenwart kann die Vereinigung von KPD und SPD des Jahres 1946 aus vielerlei Gründen nicht sein. Eher kann sie uns bewusstmachen, wie weit wir uns von den damaligen Strukturen, Problemen und vom Selbstverständnis der Organisationen der Arbeiterbewegung entfernt haben und weshalb wir im Ringen um eine Bündelung der Abwehrkräfte gegen die rechte Gefahr und für eine antikapitalistische Alternative neue Wege aufspüren und beschreiten müssen.

Autorreferat

Ein ausführlicher, mit Quellennachweisen belegter Text ist eingestellt auf der Website des Förderkreises.

Information

Dennis Egginger-Gonzales verteidigte seine Promotionsschrift

Am 15. Juli 2016 verteidigte unser Vereinsmitglied Dennis Egginger-Gonzales am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin seine Dissertationsschrift mit magna cum laude. Wir gratulieren ihm dazu herzlich und wünschen ihm für seine weitere wissenschaftliche Tätigkeit viel Erfolg!

Das Promotionsprojekt zum Thema *Der Rote Stoßtrupp. Darstellung und Analyse einer frühen linkssozialistischen Widerstandsgruppe gegen den Nationalsozialismus* wurde von Dennis Egginger-Gonzales in der MFK, Nr. 47/2015, S. 39-42, vorgestellt.

Vorträge

17. März 2016

Sowjetische Archivpolitik in der SBZ 1945 bis 1949

*Dr. Oxana Kosenko*¹

Die sowjetische Archivpolitik in ihrer Besatzungszone in Deutschland war eine Machtpolitik.

Die politisch und wirtschaftlich brisanten Dokumente ermöglichten der sowjetischen Besatzungsmacht, ihren Handlungsspielraum in Deutschland zu erweitern. Das Know-how und andere technische Unterlagen konnten einen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Gewinn einbringen. Die Demilitarisierung und Entnazifizierung Deutschlands wäre ohne die deutschen Archive ebenfalls nicht machbar gewesen. Die personenbezogenen Daten waren für die sowjetischen Geheimdienste für die Durchführung von Repressalien wichtig.

Die sowjetische Archivpolitik in der SBZ stand in der Kontinuität der Archivpolitik in Russland und in der UdSSR. Die Machthaber sowohl im Zarenreich wie auch in der Sowjetunion sahen die Staatsarchive als ihr *arcana imperii* an und reglementierten den Zugang, die Nutzung und die Geheimhaltung der Akten. Die politisch motivierte Vernichtung von kompromittierenden Archivalien war dabei ebenso ein charakteristisches Merkmal des Machtübergangs wie die Offenlegung ausgewählter Dokumente. Stark verhindert wurde die Tendenz zur Zentralisierung des staatlichen Archivwesens in Russland und in der Sowjetunion durch das Ressortdenken. Auch in der SBZ spielten Sonderinteressen einzelner Institutionen eine größere Rolle als die Idee einer zentralisierten Kontrolle über die Archive.

Die sowjetische Archivpolitik in der SBZ stellte eine Reaktion auf die deutsche Archivpolitik im Zweiten Weltkrieg dar. Die deutschen Archive wurden als Entschädigungsgut für alle möglichen Kriegsverluste, darunter kulturelle, technische und wissenschaftliche Schäden, angesehen. Die Archivpolitik der

¹ Nach dem Studium der Geschichts- und Archivwissenschaft in Ekaterinburg und Moskau 2004 bis 2009 wissenschaftliche Mitarbeiterin des Staatsarchivs der Russischen Föderation (Moskau) und seit 2013 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig. 2010 Promotion an der Russischen Staatlichen Universität für Geisteswissenschaften in Moskau zum Thema „Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland und die deutschen Archive 1945 bis 1949“ („Sovetskaja voennaja administracija v Germanii i nemeckie archivy v 1945-1949 gg“), Wissenschaftliche Betreuerin: Frau Prof. Dr. Tatiana Horhordina. 2015 Promotion an der Freien Universität Berlin zum Thema „Die sowjetische Archivpolitik in der SBZ 1945 bis 1949“ bei Herrn Prof. Dr. Wolfgang Wippermann.

Sowjetunion in der SBZ war zugleich eine Reaktion auf die amerikanische und britische Politik im beginnenden Kalten Krieg. Sobald es politisch opportun schien, wurden die beschlagnahmten Archivalien publizistisch eingesetzt. Als die Amerikaner ihre sensationelle Nazi-Soviet Relations 1939-1941 herausgaben, die den vollen Wortlaut des Hitler-Stalin-Paktes und dessen geheimes Zusatzprotokoll enthielten, reagierte die Sowjetunion mit einer Edition der erbeuteten deutschen diplomatischen Dokumente zur „Appeasement-Politik“.

Die Archivpolitik der UdSSR in Deutschland folgte keinem erkennbaren Masterplan. Sie war eher improvisiert als planmäßig intendiert. Es herrschte ein gleichzeitiges Agieren von mehreren, oft miteinander konkurrierenden sowjetischen Institutionen vor, die unterschiedliche Interessen hatten. Die politisch und militärisch brisanten Unterlagen beschlagnahmten die Rote Armee und die Sicherheitsdienste. Die wichtigsten Akten wurden unmittelbar an Stalin weitergeleitet. Überdies benötigten die Vertreter der Sicherheitsdienste die Informationen für die Durchführung ihrer repressiven Maßnahmen in der SBZ. Im Mittelpunkt ihres Interesses standen Angaben über Mitglieder der NSDAP und ihren Organisationen, über KPD-Mitglieder, russländische bzw. sowjetische Emigranten, Kollaborateure, Kriegsgefangene und Spione.

Die Bevollmächtigten der sowjetischen Ministerien, die diverse Industriezweige vertraten, nahmen bei Demontagen deutscher Fabriken auch die dazugehörigen Archive mit. Die aufgespürten wissenschaftlich-technischen Unterlagen sollten ausgewertet werden und zum Transfer deutscher Technologien in die sowjetische Wirtschaft beitragen.

Auch die sowjetischen Kulturorganisationen schickten ihre Vertreter nach Deutschland, um ihre eigenen Vermögenswerte zurückzubringen und um „Trophäen“ zu sammeln. Mit der Beschlagnahme des Kulturguts befassten sich verschiedene Komitees für Kunst-, Architektur- und Kulturangelegenheiten der UdSSR und einzelner sowjetischer Republiken. Zwar waren sie in erster Linie an deutschen Museums- und Bibliotheksbeständen interessiert, nahmen aber auch oft Archive mit, so das Archiv der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina.

Die Hauptarchivverwaltung des NKVD der UdSSR beabsichtigte, die im Krieg entstandenen Verluste der sowjetischen Staatsarchive mit (historischen) deutschen Akten zu entschädigen. Hierbei handelte es sich vor allem um russland- bzw. sowjetbezogene Archivalien deutscher Provenienz. Als NKVD-Behörde musste die Hauptarchivverwaltung gleichzeitig dessen Interessen im Auge behalten. Aus diesem Grund wurden viele Akten geheimpolizeilichen („operativen“) Charakters in die UdSSR abtransportiert und in einem Sonderarchiv konzentriert.

Auch die Fachverwaltungen der SMAD waren an deutschen Akten interessiert – zum einen für die Erledigung eigener Aufgaben (Demilitarisierung, Entnazifizierung, Dekartellisierung), zum anderen im Interesse sowjetischer Be-

hörden, aus denen ihr Personal ursprünglich stammte. So wurden z.B. auf Anweisung des Politischen Beraters des Obersten Chefs der SMAD die deutschen Akten von außenpolitischer Bedeutung an das Volkskommissariat/Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR geschickt. Die Archivabteilung der Verwaltung für Innere Angelegenheiten der SMAD erledigte hingegen die Anfragen der Hauptarchivverwaltung des NKVD der UdSSR.

Schließlich gab es noch weitere sowjetische Organisationen, die Interesse an der Entnahme deutscher Akten hatten. Die Akademie der Wissenschaften der UdSSR hatte z.B. Interesse sowohl an den neuesten wissenschaftlich-technischen Dokumentationen als auch an historischen Archiven und Bibliotheken. Im Vordergrund standen dabei Materialien zur Geschichte der Völker der UdSSR, der slawischen Völker, der Orientländer sowie des „deutschen Imperialismus und Militarismus“.

Auch das Moskauer Marx-Engels-Lenin-Institut vervollständigte sein Archiv mit aus Deutschland erworbenen Akten. Sie spielten eine wichtige Rolle bei der Herausgabe der Werke der Klassiker des Marxismus. Denn mit diesen Dokumenten übernahm das Marx-Engels-Lenin-Institut auch das Recht auf die Auswahl zur Veröffentlichung und ein Monopol auf die Interpretation der Werke.

Zu erwähnen ist schließlich noch eine sowjetische Institution, die deutsche Archive und Bibliotheken für ideologische Zwecke benutzen wollte: Das Allslawische Komitee, eine gesellschaftspolitische Organisation zum Kampf gegen den Faschismus in den slawischen Ländern. Seine Vertreter sammelten in der SBZ Materialien zur Slawistik und zur Behandlung der slawischen Minderheiten in Deutschland. Die Ideen des Panlawismus erlebten während des Kriegs eine Renaissance, denn sie halfen, den Widerstand der slawischen Völker gegen die Deutschen zu stärken. Auch nach dem Krieg nutzte Stalin die Idee von der Gemeinsamkeit der Slawen für den Aufbau und die Konsolidierung der kommunistischen Herrschaft in Ostmitteleuropa.

Betrachtet man Archive als Wissensbestände, dann war deren Fehlen bei der Entwicklung bestimmter Branchen in Wirtschaft und Wissenschaft der DDR spürbar. Zugleich gaben die erworbenen Informationen den Anstoß zur Fortentwicklung dieser Branchen in der Sowjetunion. Doch sollte dabei nicht aus dem Blickfeld geraten, dass es sich oft nicht nur um technische Dokumente, Know-how oder kulturhistorisch wertvolle Urkunden handelte, sondern auch um Menschen und ihre Schicksale. Die Repressionsmaßnahmen der sowjetischen Geheimdienste in der SBZ waren in hohem Maße durch die in deutschen Archiven gewonnenen Informationen möglich.

Die sowjetische Archivpolitik war aber auch ein Bestandteil der allgemeinen Deutschlandpolitik der UdSSR. Die Analyse der sowjetischen Archivpolitik liefert allerdings keine Beweise für die These, dass die Sowjetunion die DDR in den sowjetischen Machtbereich integrieren wollte. Erst mit dem Beginn der

Aktenrückgabe an die DDR in den 1950er Jahren und nicht an die Bundesrepublik Deutschland wurde deutlich, dass diese einseitige Maßnahme dem Ziel diene, die Eigenständigkeit der DDR im Vergleich zu Bundesrepublik Deutschland und deren Prestige propagandistisch hervorzuheben.

Autorreferat

Hinweise zu weiterführender Literatur:

- Oxana Kosenko: SMAD-Dokumente. Probleme der Archivierung und der Verteilung in den Archiven der UdSSR und der Russischen Föderation. In: Detlef Brunner/Elke Scherstjanoi (Hrsg): Moskaus Spuren in Ostdeutschland 1945 bis 1949. Aktenerschließung und Forschungspläne (= Zeitgeschichte im Gespräch, Bd. 22. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte. Redaktion: Bernhard Gotto/Thomas Schlemmer), Walter de Gruyter, Berlin/Boston 2015, S. 17-25 – ISBN 978-3-11-040253-7. Vgl. auch die Rezension des Sammelbandes in der MFK, Nr. 49/2016, S. 59-62.
- Zum Umgang der übrigen Siegermächte mit deutschem Archivgut vgl. Astrid M. Eckert: Kampf um die Akten. Die Westalliierten und die Rückgabe von deutschem Archivgut nach dem Zweiten Weltkrieg (= Transatlantische Historische Studien – 20), Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2004, 534 S. – ISBN 3-515-08554-8.

16. Juni 2016

Wissenschaftspolitik der SED am Beispiel der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR (AdL)

Prof. Dr. Siegfried Kuntsche¹

Gestützt auf eine Präsentation von Dokumenten der Abteilung Landwirtschaft der SED und der Akademie selbst (Bestand DK 107) erläuterte der Referent anschaulich die geschichtliche Entwicklung in vier Jahrzehnten. Schwerpunkte waren die Akademiegründung sowie die Leistungen für die Modernisierung der Landwirtschaft und das stabile Funktionieren der genossenschaftlichen Produktionsweise mit zunehmend industrieähnlichen Verfahren. Es wurde

¹ Studium der Geschichte und Archivwissenschaft; 1961 Promotion; 1959 bis 1979 Tätigkeit im Mecklenburgischen Landeshauptarchiv, Schwerin; 1979 bis 1989 Leitung des Bereichs Geschichte im Institut für Ausländische Landwirtschaft und Agrargeschichte der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR (AdL); in den frühen 1990er Jahren verantwortlich für die Überführung des AdL- Archivs in das Bundesarchiv; seit 1993 freiberuflich tätig; zahlreiche Publikationen vor allem zur Bodenreform, zur Geschichte der DDR- Landwirtschaft und zu den Agrarwissenschaften.

sichtbar, dass die Agrarpolitik einschließlich ihrer wissenschaftspolitischen Komponente stets ein Hauptfeld der Gesamtpolitik der SED war. Die Einflussnahme auf die Akademie war förderlich, wenn sie agrarwissenschaftliche Kompetenz prägte. In der Zeit von Politbüromitglied Gerhard Grüneberg, in den 1970er Jahren, kam die Akademie jedoch in eine Lage, dass sie unter agrarpolitischen Rahmenbedingungen wirken und bei Fehlentwicklungen schweigen musste, die ohne ihren Rat inauguriert worden waren: die schematische betriebliche Trennung von Pflanzen- und Tierproduktion und die von Gigantismus geprägte Formierung von Großbetrieben. Der Vortrag schloss mit der Frage, ob es bei der deutschen Neuvereinigung nicht produktiv gewesen wäre, statt der generellen Abwicklung die spezifischen Erfahrungen der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR im Zusammenwirken aller agrarwissenschaftlichen Disziplinen und in der engen Verbindung von Wissenschaft und Praxis zu prüfen.

Zum 65. Jahrestag der Gründung der AdL wird im Leipziger Akademieverlag eine Akademiegeschichte erscheinen, in der eine Dokumentenedition im Zentrum stehen wird.

Autorreferat

► VORSCHAU ◀

Gemeinsame Vortragsreihe 2016

der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft

Veranstaltungsort: Bundesarchiv, 12205 Berlin, Finckensteinallee 63,
Casino – Beginn jeweils 18:00 Uhr

- | | |
|---------------|---|
| 15. September | <i>Dr. Alexander Amberger</i>
Mit linken ökologischen Ideen gegen Realsozialismus und Kapitalismus – Bahro, Harich, Havemann |
| 8. Dezember | <i>Dr. des. Uwe Fuhrmann</i>
Die Gewerkschaften und die Entstehung der „Sozialen Marktwirtschaft“ |

Buchbesprechungen & Literaturhinweise

Waltraud Seidel-Höppner: Wilhelm Weitling (1808–1871). Eine politische Biographie. 2 Teile, Peter-Lang-Edition, Frankfurt am Main u. a. 2014, 1866 S.
ISBN 978–3-631–64631-1.

Wilhelm Weitling ist in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung kein gänzlich Unbekannter. In fast jeder Darstellung der Anfänge dieser politischen und sozialen Macht finden sich Anmerkungen und Urteile über diesen etwas älteren Zeitgenossen von Karl Marx und Friedrich Engels, um ihn dann eher in den Kontext des Frühsozialismus oder des utopischen Sozialismus einzuordnen. Durch seine Auseinandersetzung mit Marx in Brüssel und London seit 1846, die zum Bruch und zu seinem Ausschluss aus dem „Bund der Kommunisten“ führte, geriet Weitling schnell in eine Randposition. Aber war dieser Konflikt wirklich ein Bruch mit utopischen Vorstellungen einer neuen sozialistischen Gesellschaft zugunsten einer wissenschaftlichen Analyse des sich entfaltenden Kapitalismus, aus der heraus sich die ökonomischen, philosophischen und politischen Schlussfolgerungen ohne Utopismus ziehen lassen würden? War Wilhelm Weitling bloß ein Vertreter dieses utopischen und frühen Sozialismus, dessen geistige Schöpferkraft sich nach 1848/49 verbraucht hatte?

Waltraud Seidel-Höppner hat sich ihr wissenschaftliches Leben lang mit den Frühsozialisten beschäftigt. 1928 geboren, vorwiegend in Berlin lebend und wirkend, legt sie mit dieser zweibändigen Weitling-Biographie ein Mammutwerk vor, zugleich

auch die Quintessenz ihrer wissenschaftlichen Lebenstätigkeit. Und in der Einleitung macht sie deutlich, dass sie in Weitling einen prinzipiellen Kritiker heutiger Verhältnisse des „Raubtierkapitalismus“, wie ihn Helmut Schmidt nannte, erblickt: „Sein vernichtendes Urteil über eine Politik, die sich ohnmächtig erwies, die Raubtierinstinkte der Geldmacht zu bändigen und sie zu hindern, das Lebensinteresse des arbeitenden Volkes ihrem Profit zu opfern, gilt heute wie ehemals, und in noch größerer Dimension“. (Bd. 1, S. 9)

Wilhelm Weitling wurde am 5. Oktober 1808 in Magdeburg als uneheliches Kind eines Dienstmädchens und eines napoleonischen Offiziers geboren. Er erlernte den Schneiderberuf als Geselle und schloss sich früh der demokratischen Bewegung an, nach eigenem Bekunden politisierte er sich während seiner Wanderjahre 1826/27. Als nach der Julirevolution 1830 in Paris in Leipzig die "Septemberunruhen" aufflammten, 1832 das "Hambacher Fest" ein Sturmsignal des deutschen Liberalismus ertönen ließ und die demokratische Bewegung kurzzeitig an Schwung gewann, vertiefte sich Weitlings Entwicklung zum überzeugten Republikaner und beginnenden Vordenker der damals noch handwerklich geprägten jungen Arbeiterbewegung. Es waren nicht grundlos die Handwerksgehilfen, die sich wegen der durch den Siegeszug der Dampfmaschine verursachten um sich greifenden Umwälzungen radikalisierten und zu organisieren begannen.

Waltraud Seidel-Höppner rekonstruiert mit großer Akribie den Lebensweg und das politische Schaffen Weitlings mit allen Schnittpunkten, Zäsuren, Einflussfaktoren und publizistischen Interventionen. Und so erstreckt sich allein der Anhang mit allen benutzten und zusammengestellten Archi-

valien und der entsprechenden Literatur von und über Wilhelm Weitling über rund 250 Seiten. Zwölf Kapitel der Aufarbeitung seines Lebens und Schaffens gehen dem voraus und orientieren sich an den entscheidenden politischen Wegmarken vor der europäischen Revolution von 1848 (Bd. 1) und der Zeit ihres Wirkens, die er vor allem in den USA erlebte, um dann 1848 zwischenzeitlich nach Deutschland zurück zu kehren (Bd. 2). Er starb am 25. Januar 1871 in New York.

Dass W. keine entscheidende Rolle in den revolutionären Ereignissen von 1848/49 und für die durch die Revolution vorangetriebenen Formierungsprozesse der Arbeiterbewegung mehr einzunehmen vermochte, ist nicht zuletzt dem seit 1846 ausgetragenen Konflikt zwischen ihm und Marx und Engels geschuldet. Den noch junghegelianisch beeinflussten Intellektuellen widerstrebte der zwar materialistisch geprägte, aber dennoch christlich inspirierte Urkommunismus Weitlings, der sich stark am Urchristentum und dessen radikaler Interpretation orientierte und eine Befreiungstheorie für die sich junge Arbeiterklasse im frühen Kapitalismus der freien Konkurrenz entwarf. Seidel-Höppner: "Elitäre junghegelische Scheuklappen verwehren jenen, mit ihren neuen theoretischen Maximen der Geschichte als ökonomisch bestimmter Klassenkämpfe durchgängig ernst zu machen. Sie wollen an der unter ihren Augen vor sich gehenden Bewegung anknüpfen. Unvertraut mit der Volksideologie, können sie nicht begreifen, was Arbeiter aus der Erfahrung eigener Fron und Kämpfe in geschichtlichen Parallelen intuitiv – gefühlsmäßig – erfassen. Ein fundamentaler Atheismus hindert sie zu verstehen, was ihnen ihre eigenen Maximen vorschreiben: historische Befreiungsideologien auch im religi-

ösen Gewande sowohl in ihrer vorwärtstreibenden Funktion als auch in ihren zeitbedingten Schranken aus vorgegebenen materiellen Bedingungen zu erklären." (Bd.1, S. 927) Die Verengung des Sozialismus als einer Befreiungstheorie allein auf die von Marx und Engels herausgearbeitete Schule war demnach die logische Folge. Die Biografin charakterisiert W. abschließend als einen demokratischen, humanistischen, freiheitlichen Vordenker des Sozialismus und Kommunismus, dem eine rein als die bessere deklarierte, aber in der Substanz diesen Ansprüchen widersprechende Gesellschaft niemals genügt hätte. (Bd. 2, S. 1602) Und so sieht sie die Distanz des offiziellen Geschichtsbildes des realen Sozialismus und des Marxismus-Leninismus zu W. auch als eine Widerspiegelung der Machtverhältnisse dieser Zeit an. Weitling hätte sich dem wohl entgegengestellt, mutmaßt sie. Und auch diese wissenschaftliche Erkenntnis macht diese Mammutbiografie, neben der zutiefst eleganten Sprachführung, zu einem echten Lesegenuss. Dem modernen Sozialismus als einer emanzipatorischen Befreiungstheorie kann Weitling damit wieder äußerst hilfreich sein. *Holger Czitrich-Stahl*

Rainer Holze/Marga Voigt (Hrsg.): 1945 – Eine „Stunde Null“ in den Köpfen. Zur geistigen Situation in Deutschland nach der Befreiung vom Faschismus (= Zwischen Revolution und Kapitulation. Forum Perspektiven der Geschichte, Bd. 2), edition bodoni, o. O. 2016, 272 S. ISBN 978-3-940781-70-3.

Neuanfängen mag ein heimlicher Zauber innewohnen, bislang kaum Gedachtes, Unmögliches könnte Wirklichkeit werden.

Im 20. Jahrhundert gab es – so fand es Günter Benser bei Eric Hobsbawm – drei solche Zäsuren: die revolutionären Erschütterungen im Gefolge des Ersten Weltkriegs, die Niederlage des deutschen Faschismus und seiner Verbündeten und schließlich Krise und Transformation der realsozialistischen Staaten.

Es ist naheliegend, dass Historiker sich immer wieder diesen Brüchen und den damit verbundenen Hoffnungen wie Enttäuschungen zuwenden. Wenn die Autoren sich der geistigen Situation nach der Befreiung widmen, so ist die politische und soziale Spurensuche wichtiges Element ihrer Überlegungen. Für sie gab es keine klassische "Stunde Null", am 8. Mai 1945 konnte von den Verlierern und noch weniger den Siegern kein Schalter umgelegt und das deutsche Volk neu gestartet werden. Eine "Stunde Null", mit der alles bisherige Verbrecherische abgegolten wäre und nun ein großer Neuanfang, unbelastet oder durch die Spruchkammern kategorisiert und entlastet, anstünde, funktioniert nicht. Das würde nur den deutschen Faschismus, seine sozialen Träger, seine Finanziere und Millionen Mitläufer bis fünf Minuten nach Zwölf entschulden. Es entließe die Nachfolgestaaten aus der Verantwortung, mit dem Faschismus und den Folgen gründlich und rücksichtslos umzugehen.

Benser relativiert: "Zum Zusammenbruch passt die Metapher von der 'Stunde Null' ... Tatsächlich hat das Pendel der Geschichte selten so ausgeschlagen wie im Jahre 1945. Die Metapher der 'Stunde Null' ist indes allenfalls geeignet, die subjektive Verfasstheit deutscher Zeitgenossen zu umschreiben. Die meisten Europäer hingegen feierten begeistert und ausgelassen den Sieg über Hitlerdeutschland und waren weit davon entfernt, dies als eine 'Stunde Null'

zu empfinden." Benser warnt, dass diese Metapher „die Vorstellung (suggeriert), als ob sich am Ende des Zweiten Weltkrieges und angesichts der katastrophalen Niederlage alle Deutschen als eine Schicksalsgemeinschaft verarmter, hungernder, notleidender und orientierungsloser Menschen empfunden hätten, für die – zumindest vorübergehend – die Klassentrennungen und die politischen Lager keine oder nur eine nebensächliche Rolle gespielt hätten. Es wird der Eindruck erweckt, als ob alles und alle wieder bei Null begonnen hätten, als ob sich alle aus dem Nichts heraus hätten wieder aufrappeln müssen.“ (S. 30)

In ihrem Beitrag erinnern Rainer Holze und Rainer Zilkenat daran, dass die faschistische Ideologie, der Glaube an deutsche Überlegenheit und Herrenmenschentum, die Überzeugung, während Nazizeit und Krieg nicht Unrechtes getan zu haben – außer jenen Verbrechen, die allein Hitler und seinen Paladinen anzulasten seien und die im Befehlsnotstand auch von sonst anständigen Deutschen ausgeführt wurden – nachwirkten. „Nicht wenige hielten den Nationalsozialismus für eine im Grunde 'gute Sache', die nur schlecht ausgeführt worden sei. Und schließlich hatten der militante 'Antibolschewismus' und der 'Antimarxismus' tiefe Spuren im Bewusstsein von Millionenmassen hinterlassen.“ (S. 19) Siegfried Prokop untersucht die schwierige Rolle der Intelligenz nach 1945, gerade weil ein Großteil der deutschen, eher konservativ eingestellten Bildungsbürger zu Hauf den Nazis nachliefen.

Dass war den Alliierten ebenso klar wie antifaschistischen Politikern unterschiedlicher Herkunft, die sich für den Wiederaufbau und das Beseitigen der Trümmer auf den Straßen wie in den Köpfen engagierten. In den Beiträgen kommt allerdings viel-

leicht zu kurz, dass diese Denkströmungen eine längere Vorgeschichte hatten, sie im Denken kapitalistischer Gesellschaften mit ihrem Nationalismus, ihrem Profitstreben, ihrer Konkurrenz, ihrer Suche nach Vorrang verankert sind. Diese langen Linien wirken weit über das Jahr 1945 und alle demokratischen oder realsozialistischen Umerziehungsversuche hinaus – unabhängig von Fahne oder Nationalität. Was noch mehr wirkt und nach 1945 wie nach 1989 erfahrbar ist: Der Opportunismus, das Hängen der Fahne nach dem Wind und das Schönreden der eigenen Situation und des eigenen Anpassens sind sehr menschliche Konstanten.

Entgegen der heute modernen Ansicht von der chaotischen Situation und dem Verhängnis, der Anarchie der Umbrüche bei Kriegsende, wie sie Ian Buruma oder Keith Lowe vertreten, zeigt insbesondere Benser in seinem Beitrag zu Antifaausschüssen, dass Nazigeegner in Ost und West in dem Moment, da die weißen Fahnen wehten, die Konflikte der Weimarer Republik beerdigten und gemeinsam an den Wiederaufbau gingen. Kurt Schneider belegt, wie eine antifaschistische Organisation NKFD in Leipzig aktiv wurde. Ähnliches berichtet Gisela Notz zu überparteilicher und sozialdemokratischer Frauenpolitik nach der Befreiung.

Die denkenden Teile der Bevölkerung, viele wieder aktiv gewordene Angehöriger linker und demokratischer Parteien sahen eine Zukunft für Deutschland nur als antifaschistischen, aber auch als nicht kapitalistischen, teilweise gar sozialistischen Staat. Diese Ideen reichten weit in die sich neu formierenden bürgerlichen Parteien, so manifestiert im legendären Ahlener Programm der CDU. Der Sammelband bietet Einblicke in sozialdemokratische (Peter

Brandt) und kommunistische (Jürgen Hoffmann) Diskussionen vor und nach der Befreiung, auch in die neu aufbrechenden Konflikte beider Parteien untereinander.

Nach den Erfahrungen mit dem Faschismus, nach dem Erleben gemeinsamen Widerstands und dem Erleiden des Terrors, auch unter dem Eindruck der Erfahrungen mit dem Stalinismus sind für Teile der Linken Vorstellungen von einem demokratischen Sozialismus naheliegend. Das entwickelt Jörg Wollenberg zur Rolle der demokratischen Sozialisten um Hermann Brill und des Manifests demokratischer Sozialisten des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald. Andreas Diers verweist auf die politischen Kriegsgefangenen Schulungen, die Wolfgang Abendroth unternahm. Keine "Stunde Null" bedeutete, dass die Fronten des Klassenkampfes in Deutschland und in der Welt schnell zurückkehrten. Besatzungsmächte und alte wie neue Parteien sorgten dafür, dass Träumereien, Experimente und vor allem das Infragestellen ihrer Autorität unterbunden wurde. Kommunisten, Sozialdemokraten, bürgerliche Reformer wurden wieder „eingefangen“ in Parteidisziplin und verbindliche Denkmuster. Vor allem, die nationalen politischen Akteure blieben eingebunden in die internationale Auseinandersetzungen und die große Konfrontation des Jahrhunderts zwischen einer kapitalistischen Eigentums- und Profitgesellschaft einerseits und andererseits einer sozialistischen Alternative von Eigentum und Machtaufhebung. Das Fixieren auf die diktatorische Machtausübung Stalins verkennt diesen zweiseitigen Konflikt ungeachtet seiner jeweiligen machtpolitischen Ausgestaltung durch die sowjetische Seite und ihre Verbündeten, auch in Deutschland. Stalinismus in Aktion mit seinen pauschalen Verfolgungen, oft unange-

messener Härte, ideologischer Engstirnigkeit und Unfähigkeit zu demokratischer Diskussion und Strategiefindung, der Gleichschaltung der politischen Kräfte hat mögliche Alternativen verhindert und reihenweise Linke wie kritische Geister verfolgt oder verjagt.

Das erklärt aber nicht alles. Nicht nur im Osten, sondern auch im Westen scheitern bis 1948 alle Versuche, Alternativen zu jenem Kapitalismus in die Wege zu leiten, der den deutschen wie den europäischen Faschismus mitverantwortet hat. Denn der Erfolg Hitlerdeutschlands hing wesentlich von der Empfänglichkeit für faschistische Ideologien in den westlichen Demokratien ab. Fielen diese unter den deutschen Stiefel, dann waren die Quislinge und Petains nicht weit. Der Versuch, diese Ordnung, ihr krisenanfälliges Wirtschaftssystem abzuschütteln war ein Sakrileg, das von den nationalen Bourgeoisien, ihren Ideologen und den übermächtigen USA mit allen Mitteln verhindert wurde. Berechtigt ist heute auf die Chancen für Deutschland nach Jalta und Potsdam, auf die auch in den Westzonen zutiefst antifaschistischen wie antiimperialistischen Politikansätze der Militärregierungen zu verweisen. Offenbar war aber das Fenster für einen solchen Wandel des Kapitalismus nicht nur auf deutschem Boden kleiner, als manch optimistische Lesarten vermuten. Aber es gab dieses Fenster und diesen Zauber des Neuanfangs.

Stefan Bollinger

Ulrich Mählert (Hrsg.): Die DDR als Chance. Neue Perspektiven auf ein altes Thema, Metropolis Verlag, Berlin 2016, 220 S. ISBN 978-3-86331-283-1.

Dieses Buch verspricht Stand, Probleme und Perspektiven der bundesdeutschen

DDR-Forschung zu untersuchen und wurde dem verstorbenen Nestor der bundesdeutschen DDR-Forschung Hermann Weber gewidmet. Eingeleitet wird es vom Hrsg. Ulrich Mählert, der die Entwicklung dieser Disziplin im geteilten Deutschland und vor allem in den zweieinhalb Jahrzehnten seit der Neuvereinigung skizziert. Gegen seinen Befund ließe sich im Einzelnen manches einwenden, im Ganzen erscheint er mir stimmig zu sein. Wenn er darauf verweist, dass seit 1990 etwa 7.000 Publikationen - statistisch pro Werktag ein Titel - erschienen sind, dann ist die vor allem von Jürgen Kocka aufgeworfene Frage, ob die DDR nicht überforscht sei, naheliegend. Allerdings wäre dies weniger an der Quantität als an der Qualität der Untersuchungen zur DDR-Geschichte zu messen. M. führt den Boom der DDR-Forschung, der allerdings um die Jahrtausendwende abgeebbt ist, vor allem auf das große Interesse am Thema zurück. Dies existierte tatsächlich, war aber wesentlich angereizt durch Steuerung - institutionell, finanziell, durch uneingeschränkten Quellenzugang, durch komfortable Bedingungen für den Erwerb wissenschaftlicher Grade und großzügige Bedingungen für die Veröffentlichung von Dissertationen und anderen Studien. Das klingt bei M. etwas verhalten an; andere Autoren werden da deutlicher.

Kernstück ist die mit dem Buchtitel überschriebene Expertise von Dierk Hoffmann, Michael Schwartz und Hermann Wentker über „Desiderate und Perspektiven künftiger Forschung“. Das ist eine sachkundige Darstellung dominierender Forschungsrichtungen und von deren Ergebnissen. Sie ist aber beschränkt auf die community der etablierten DDR-Forscher. Dass es auch zahlreiche solide erarbeitete Erträge von Historikern, Sozialwissenschaftlern und Zeitzeu-

gen gibt, die der community nicht angehören, ist für die Autoren nicht einmal beiläufig erwähnenswert, für die Expertise sind sie gar nicht existent. Auch die in der Regel objektivere ausländische DDR-Forschung findet kaum Berücksichtigung. Die Behauptung des Autorentrios, der von Christoph Kleßmann verfochtene Forschungsansatz einer „asymmetrisch verflochtenen [deutschen] Parallelgeschichte“ habe sich zunehmend durchgesetzt, widerlegen sie eigentlich selbst, wenn sie auf konkrete Forschungsfelder zu sprechen kommen.

Die im Folgenden abgedruckten 18 Beiträge, verfasst von 20 Autoren (ein einziger von ihnen hat seine wissenschaftliche Ausbildung in der DDR erfahren, drei sind ausländischer Herkunft), beziehen sich mehr oder weniger direkt auf die Drei-Männer-Analyse. Manche präzisieren und erweitern – den Vorwurf der „Überforschung“ zurückweisend – vor allem den Katalog der Desiderate und machen Vorschläge zur Verbesserung der Methodologie. Andere haben jedoch grundsätzliche Einwände gegen die „buchhalterische“ Vorgehensweise der Expertise erhoben. Und diese verdienen das besondere Interesse.

Berechtigt ist die Kritik, dass es nicht jede Lücke wert sei, geschlossen zu werden. Die meisten Autoren scheinen sich darüber klargeworden zu sein, dass mehr Erkenntnisgewinn weniger von der Auswertung bisher unbeachteter Quellen als von produktiven Fragen abhängt. Die „Inselstellung“ der Forschung sei zu überwinden. Man müsse in größeren historischen Dimensionen denken (Fullbrook, Großböling). Auch auf das 41. Jahr der DDR sollte sich der Blick stärker richten (Hammerstein, Wolfram). Sehr tief in die Geschichte wird allerdings dabei nicht eingedrungen, in der Regel nur bis zum NS-Regime und dessen

Nachhall, ganz vereinzelt erfolgen Verweise auf die gemeinsame Geschichte im 1871 gegründeten Deutschen Reich. Produktiv erscheinen Überlegungen, internationalen Zusammenhängen und Verflechtungen mehr Aufmerksamkeit zu widmen – so den systemübergreifenden Herausforderungen ökonomischer, sozialpolitischer, ökologischer und demografischer Natur (Kocka) oder den Prozessen der Globalisierungen, die im Plural zu denken sind und Globalisierung nach „östlichem Muster“ einschließen sollten (Midell). Hier fügt sich auch die Fragestellung ein, inwieweit wir es bei der DDR mit einem Projekt der Modernisierung zu tun haben (Wierling). Für Leser der MFK dürfte der Beitrag der ehemaligen SAPMO-Direktorin Menne-Haritz von speziellem Interesse sein, der nicht nur die Quellenlage in den Archiven beschreibt, sondern auch auf die unterschiedlichen Praktiken der Aktenbildner in Ost und West verweist. Die meisten Autoren erhoffen sich von einer in ihrem Blick erweiterten DDR-Forschung Impulse für die Zeitgeschichte insgesamt wie auch für die Politikwissenschaften. Eigentlich wäre es angebracht, darüber nachzudenken, ob die vor den Umbrüchen der 1980/1990er Jahre liegenden Geschehnisse überhaupt noch als Zeitgeschichte zu betrachten sind, denn mit ihnen fand die Nachkriegsgeschichte ihren Abschluss und könnte nun mit etwas mehr Abgeklärtheit behandelt werden.

In einem Punkte ist sich die erlauchte Autorenschaft weitgehend einig, nämlich, dass die im Westen gezogene Spur das Normale und die DDR-Entwicklung das Abnorme darstellt. Niemand fragt, inwieweit es – zumal für Historiker – erklärbar und nachvollziehbar ist, wenn versucht wurde, dem im deutschen Westen beschrittenen Weg in eine vor allem an den USA orientierte kapi-

talistische Gesellschaft mit unübersehbaren Kontinuitäten zur faschistischen Vergangenheit, dem Weg in die NATO und gegen ein entmilitarisiertes neutrales Deutschland eine andere Richtung deutscher Politik entgegenzusetzen, deren Beweggründe und Handlungsspielräume, Realisierungsansätze und Ursachen des Scheiterns vorurteilsfrei auszuloten sind. Insofern ist der Buchtitel irreführend. Um „Chancen der DDR“, um in diesem Land versuchte oder erprobte Lösungsansätze für uns heute noch oder wieder beschäftigende Probleme geht es mitnichten (höchstens in den Überlegungen von Midell zu Wegen der Globalisierung). Behandelt werden die Chancen der bundesdeutschen DDR-Forschung, und die sind nicht zu trennen von den Interessen ihres Personals.

Und das führt uns zu einer zweiten Frage, die sich keiner der Autoren gestellt hat, die aber Gesellschaftswissenschaftlern – nicht erst seit den Wahlen vom März dieses Jahres – auf den Nägeln brennen sollte. Welcher Zusammenhang besteht zwischen dem Untergang der DDR wie dem Kollaps des „Realsozialismus“ insgesamt und der Tatsache, dass sich nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa die politische Achse nach rechts verschoben hat? Und zwar nicht hin zu den Wertkonservativen, sondern zur extremen, völkischen, rassistischen, teils profaschistischen Rechten. Und welche Rolle spielt angesichts dieser bedrohlichen Entwicklung die überbordende Fokussierung auf die verblichene DDR? Denn deren Kehrseite ist die Benachteiligung, die mediale und bildungspolitische Vernachlässigung anderer Felder historischer Forschung und Auseinandersetzung, die weit mehr in unsere Gegenwart hineinragen als die DDR-Vergangenheit. Um nur einige zu nennen: Die Spätfolgen des Kolo-

nialismus, der Kalte Krieg und die vertanen Chancen für die Errichtung einer neuen Friedensordnung in den neunziger Jahren, Geburtsfehler und Fehlentwicklungen der Europäischen Union, Wurzeln und Zähligkeit von Chauvinismus und Rassismus, Aufstieg und Niedergang des Sozialstaates. Also – auf wessen Kosten und zu wessen Nutzen eigentlich soll – so es nach tonangebenden DDR-Forschern geht – auch noch der letzte Winkel der DDR ausgeleuchtet werden?

Günter Benser

Andreas Heyer (Hrsg.): Diskutieren über die DDR. Festschrift zum 75. Geburtstag von Siegfried Prokop, Bd. 1 u. 2, Verlag Books on Demand, Norderstedt 2015, 212 S. ISBN 978-3-7392-1172-5, 978-3-7392-1091-9.

Siegfried Prokop mit einer Publikation zu ehren, in der DDR-Geschichte und DDR-Forschung thematisiert werden, bot sich angesichts des vornehmlichen Wirkungsfeldes dieses produktiven Historikers geradezu an. So sind zwei Bände mit Beiträgen von Wissenschaftlern unterschiedlicher Generationen entstanden, die sich von der Mehrzahl anderer DDR-geschichtlicher Veröffentlichungen vor allem durch ihre anregenden Fragestellungen auszeichnen und auf die Erörterung grundsätzlicher Probleme hinlenken. Das trifft in besonderem Maße auf die (auch durch ihren Umfang hervorstechenden) Aufsätze von Stefan Bollinger und Alfred Kosing zu. B. thematisiert die Anwendung des Revolutionsbegriffes auf die 1989/1990 eingeleiteten Umbrüche; K. widmet sich dem Spannungsverhältnis zwischen Stalinismus und Reformbestrebungen in der DDR. Hier fügen sich auch Heinz Karl, der nach Leistungen, Grenzen

und Lehren der DDR fragt, und Manfred Bogisch mit seinem Nachdenken über deutsche Geschichte der Jahre 1945 bis 1948/49 ein. Auch Dieter Schiller beackert ein weites Feld mit seinem Beitrag über die DDR-Literatur und deren Reglementierung, der sich (in seiner Grundsubstanz bereits 1990 verfasst) als erstaunlich vorausschauend erweist.

Eingeleitet werden die Bände jeweils durch ein Vorwort des Hrsg., das keine ansonsten übliche Laudatio darstellt, sondern auf die inhaltlichen Aspekte dieser Veröffentlichung hinlenkt. Die Würdigung des Jubilars hat vor allem Karl-Heinz Schulmeister übernommen – mit Konzentration auf die Verdienste Prokops um die Erforschung des Kulturbundes und der DDR-Intelligenz insgesamt. Die Kultur- und Geistesgeschichte der DDR sowie Leistungen und Schicksale ihrer zu kritischer Distanz übergegangenen Repräsentanten bilden auch den Inhalt der meisten weiteren Beiträge. Aus der engen Zusammenarbeit Prokops mit Wolfgang Harich in der Alternativen Enquete-Kommission und seiner Beschäftigung mit dessen Leben und Werk ergibt sich schlüssig, dass uns gerade diese Persönlichkeit wiederholt in den Bänden begegnet – so in Abhandlungen von Alexander Amberger, Stefan Dornuf, Heiner Halberstadt, Robert Steigerwald, Camilla Warnke. Auch zu Georg Lukács, Leo Kofler, Robert Havemann und Rudolf Bahro enthalten die Bände Lesenswertes, was die Autoren teilweise an anderer Stelle ausführlicher dargeboten haben.

Einen speziellen Komplex bilden drei Beiträge zur Geschichte der Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften der DDR (vormals Deutsche Akademie der Wissenschaften, deren Ursprünge auf die von Wilhelm Leibniz im Jahre 1700 gegründete

Brandenburgische Sozietät der Wissenschaften zurückgehen). Ihre Rolle im Endstadium der DDR und den Umgang mit dieser Gelehrtensozietät zu Zeiten des Anschlusses der ostdeutschen Länder an die BRD behandelt Herbert Wöltge. Ihm gab der damalige Vizepräsident Herbert Hörz Auskünfte über Problemlagen, Überlebensstrategien jener Zeit und deren Schicksale, wobei die fortbestehenden Rechtspositionen einen wesentlichen Platz einnehmen. Das Fazit lautet, dass durch politische Entscheidungen und Rechtsbeugung der Einigungsvertrag hinsichtlich der Gelehrtensozietät nicht eingehalten wurde, so dass sich die 1992 gegründete Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin e.V. mit Fug und Recht als legitime Nachfolgerin betrachten bedarf.

Es ist keine Geringschätzung der anderen hier dargebotenen Aufsätze, sondern den Grenzen dieser Rezension geschuldet, wenn nicht auf alle eingegangen werden kann. Weitere Themen sind der Modrow-Prozess (Peter Joachim Lapp) und der Umgang mit dem Novemberpogrom 1938 in der DDR (Mario Keßler). Hervorgehoben sei die Studie von Klaus Körner über die Deutschlandpolitik der BRD und die Zeitschrift SBZ-Archiv, in der das Wechselspiel zwischen Wissenschaft, Publizistik, Regierungspolitik und Geheimdiensten nachvollziehbar zu Tage tritt.

Da die Partei- und Staatspolitik missbilligende, oppositionelle oder systemkritische Positionen beziehende Intellektuelle breiten Raum in dieser Publikation einnehmen, stellt sich allerdings eine grundsätzliche Frage. Insofern Schriftsteller und Wissenschaftler ihr Recht auf freie Meinungsäußerung verfochten und unterschiedliche Wege beschritten, um davon Gebrauch zu machen, waren sie natürlich per se im Recht.

Aber waren sie es damit auch immer in der Sache selbst? Haben die Vertreter der mit Wissenschaft und Literatur befassten Macht- und Leitungsorgane nicht auch Anspruch darauf, dass ihr Gesellschafts- und Politikverständnis, ihre Handlungsspielräume, Beweggründe und Motivationen ebenso tiefgründig ausgeleuchtet werden wie die ihrer „Opfer“? Und wie steht es mit jenen Verantwortungsträgern unterhalb der eigentlichen Schaltstellen der Macht, die in ihrem praktischen Tun die Widersprüche vor Ort erlebten und dennoch mit ihrem tagtäglichen Einsatz die DDR am Laufen hielten? Sahen sie in den systemkritischen Intellektuellen ihre Fürsprecher oder waren ihnen deren Thesen zu lebensfern? Hier scheint mir, dass Forschung und Interpretation noch Einiges zu leisten haben. Aber auch dafür bieten diese Bände bedenkenswerte Ansatzpunkte.

Günter Benser

Henryk Skrzypczak: Spurensfolge. Frühe Gedichte & einiges mehr. Hrsg. von Marga Voigt und Michaela Müller, edition bodoni, o.O. 2016. 191 S. ISBN 978-3-940781-72-7.

Vor zehn Jahren hatte ich das Vergnügen, der geschliffenen Sprache und dem treffenden Wortwitz des bekannten Historikers Henryk Skrzypczak zu lauschen, als er auf der Festveranstaltung anlässlich des 15. Jahrestages des Förderkreises und seines 80. Geburtstages Kostproben aus seinen noch unveröffentlichten Lebenserinnerungen vorlas. Zu seinem 90. Geburtstag erfreut er nun seine Mitstreiter und die Öffentlichkeit mit Gedichten aus seinen Jugendjahren, besorgt von M. Voigt und M. Müller. Außerdem enthält der Band politische Essays, satirische Feuilletons und Glossen,

die der Journalist und Redakteur Skrzypczak von 1949 bis 1952 in Zeitungen und Zeitschriften publizierte.

Schon diese frühen Arbeiten offenbaren die schriftstellerische und lyrische Begabung des jungen Autors und beweisen seinen wachen Verstand. Die Poesie und die Prosatexte zeugen zum einen von der Naturverbundenheit und der Lebenslust des Kriegsheimkehrers, von seinen Erkenntnissen und seiner Hoffnung auf einen Neubeginn. Andererseits zeigen sie Skrzypczaks tiefes Unbehagen angesichts der politischen Entwicklungen im zweigeteilten Deutschland und seine kritische Haltung gegenüber dem Erstarken braunen Gedankengutes, dem politischen Rechtsruck und den sich abzeichnenden Demokratie-Defiziten in der jungen Bundesrepublik.

Damit erfährt der Leser im Osten "... manches vom Denken und Hoffen der jungen Generation im Westen" (S.7), so die Herausgeberinnen. Im Nachwort skizziert M. Voigt kurz den Bildungsweg von Henryk Skrzypczak sowie den Werdegang des Berliner Arbeiterkindes als politisch aktiver Mensch in der katholischen Jugendbewegung, nach 1947 in der Jungen Union und ab 1958 in der SPD.

Dagmar Goldbeck

Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Inhalt der Hefte 41 bis 50

(Erfasst sind die Rubriken Archive und Bibliotheken, Übersichten und Findmittel)¹

ARCHIVE

Deutschland

Archiv des Arbeiter-Samariter-Bundes Deutschland e.V.	45
Archiv der Münchner Arbeiterbewegung	42
Archiv der Stiftung für Sozialgeschichte der 20. Jahrhunderts, Bremen (Arbeiterbiografien)	43
Archiv des Vereins für Heimatgeschichte Müncheberg	43
Archiv der Wilhelm-Leuschner-Stiftung, Bayreuth	47
Bremer „Todtenbund“ – Aktenbestand im Staatsarchiv der Freien und Hansastadt Bremen	47
Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung	45
Digitales Archiv der Zeitung Neues Deutschland	43
Exil-Archiv im Internet	43
Franz-Neumann-Archiv, Berlin (Einstellung)	47
Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte	44
Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin (Neuzugänge, Erschließung, Internetpräsentation)	42 44 46 48 50
Zeitgeschichtliches Archiv im Zentrum für Kultur- und Zeitgeschichte des 20. Jahrhunderts, Berlin	45

Italien

Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung	48
--	----

Österreich

Archiv des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung (VGA), Wien (Bestände)	41
--	----

¹ Ein Inhaltsverzeichnis sämtlicher bisher erschienenen Hefte findet sich auf der Homepage des Förderkreises: www.fabgab.de

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW)	49 50
Schweiz	
Archiv des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes	46
Oltener Aktionskomitee (Aktenbestände)	47
USA	
Tamiment Library & Robert F. Wagner Labor Archives	48
BIBLIOTHEKEN	
Deutschland	
Alternative Peter-Weiss-Bibliothek, Berlin-Hellersdorf	47
Bibliothek des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED	42 46
Erinnerungsbibliothek DDR e. V.	48
Peter-Sodann-Bibliothek	42
Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin (Neuzugänge, Erschließung, Internetpräsentation)	40 42 44 46 48
Zeitgeschichtliches Archiv im Zentrum für Kultur- und Zeitgeschichte des 20. Jahrhunderts, Berlin	45
Frankreich	
Bibliotheksfundus Ostdeutschland (DDR – Neue Länder) In der Zentralbibliothek der Universität Paris 8	42
Österreich	
Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes	50
Schweiz	
Bibliothek des Archivs des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes	46
ÜBERSICHTEN UND FINDHILFSMITTEL	
Deutschland	
Archive der neuen Bundesländer (XXXII-XL)	41-45 48 49 50
Bundesarchivgesetz	45
Duncker-Nachlass und Überlieferung des Briefwechsels	41